



## Protokoll

**27. und 28. Sitzung des Gemeinderates  
Montag, 6. Juli 2020, 18:00 Uhr bis 20:28 Uhr  
Stadthofsaal, Theaterstrasse 1, 8610 Uster**

## TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Kommission Planung und Bau (KPB), Ersatzwahl eines Mitglieds für den Rest der Amtsdauer 2018-2022 anstelle der zurückgetretenen Salome Schaerer (SP)
- 4 Rechnungsprüfungskommission (RPK), Ersatzwahl eines Mitglieds für den Rest der Amtsdauer 2018-2022 anstelle der zurückgetretenen Salome Schaerer (SP)
- 5 Weisung 47/2020 der Sekundarschulpflege: Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2019
- 6 Weisung 42/2020 des Stadtrates: NPM-Jahresbericht 2019
- 7 Weisung 43/2020 des Stadtrates: Jahresrechnung 2019
- 8 Kenntnisnahmen

## Präsenz

Vorsitz	Karin Niedermann (SP), Präsidentin Anita Borer (SVP), 1. Vizepräsidentin (TOP 6.2)
Protokoll	Daniel Reuter, Ratssekretär
Anwesend	32 (ab 18:09 Uhr 33, ab 18:32 Uhr 34) Ratsmitglieder (inkl. Präsidentin)
Stadtrat	Barbara Thalmann, Stadtpräsidentin Dr. Cla Reto Famos, Abteilungsvorsteher Finanzen Stefan Feldmann, Abteilungsvorsteher Bau Patricia Bernet, Abteilungsvorsteherin Bildung Dr. Petra Bättig, Abteilungsvorsteherin Soziales Jean-François Rossier, Abteilungsvorsteher Sicherheit Karin Fehr Thoma, Abteilungsvorsteherin Gesundheit (bis 18:09 Uhr) Jörg Schweiter, Stadtschreiber-Stellvertreter
Sekundarschulpflege	Benno Scherrer, Präsident (ab 18:40 Uhr) Margrit Bucher-Heer, Finanzdelegierte (ab 18:30 Uhr)
Gäste	Hans Ulrich Salchli, LG-Leiter Organisation und Controlling Pascal Sidler, Stadtschreiber (ab 1. August 2020) Patrick Wolfensberger, Abteilungsleiter Finanzen Christian Zwinggi, Abteilungsleiter Präsidiales
Ausstand	Rolf Denzler (SVP) bei TOP 5
Entschuldigt	Markus Ehrensperger (SVP) Ulrich Schmid (CVP)
Verspätet:	Walter Meier bis 18:09 Uhr Peter Müller bis 18:32 Uhr
Presse	Benjamin Rothschild, AvU

Die Präsidentin begrüsst die Medien und Gäste aus der Verwaltung.

Es erfolgt der Namensaufruf durch den Ratssekretär (absolutes Mehr 17).

## Änderung Tagesordnung

Der Präsident der Sekundarschulpflege, Benno Scherrer, ist in seiner Eigenschaft als 1. Vizepräsident des Kantonsrates heute länger im Einsatz. Darum wird TOP 5, Weisung 47/2020, erst nach TOP 7, Weisung 43/2020, behandelt werden. Die Ratspräsidentin hat diese Änderung der Tagesordnung am 23. Juni 2020 so verfügt.

Reihenfolge der Behandlung: TOP 1-4, 6, 7, 5 und 8.

## Fraktionserklärungen

Für die SP-Fraktion verliert **Balthasar Thalmann** (SP) folgende Fraktionserklärung: *Uster West wird in dieser Form nicht mehr weiterverfolgt. Ein Entscheid, wo nach längerer Unsicherheit jetzt getroffen wurde.*

*Lassen Sie mich kurz auf die Geschichte zurückblicken. Am 22. Oktober 1995 haben die Ustermer Stimmberechtigten mit 3901 JA zu 3195 NEIN den Gestaltungsplan Loren angenommen. Der Gestaltungsplan scheidet den Strassenbereich für den Bau der Strasse Uster West aus. Danach folgte eine Odysee von verschiedenen Gerichtsverfahren, bis am 8. März 2000 das Bundesgericht den Gestaltungsplan stützte. Es stützte auch die umstrittene Frage, ob mit dem Gestaltungsplan das Flachmoor ausreichend geschützt wird.*

*Soweit alles gut. Die Odysee ging dann weiter mit Abstimmungen zur Unterführung Winterthurerstrasse mit Initiativen usw. und mit Anpassungen an den Schutzverordnungen für die Flachmoore Brandschänki und Glattenriet. Der Kanton schaffte es dann 22 Jahre nach der Abstimmung über den Gestaltungsplan Loren und 17 Jahren nach dem Bundesgerichtsentscheid, im 2017 eine revidierte Schutzverordnung festzusetzen. Und diese führte zu anderen Moorschutzbestimmungen als im Jahr 2000 vom Bundesgericht noch als ausreichend angesehen wurde. Diese anderen Bestimmungen verunmöglichten den Bau der Strasse Uster West und vermutlich wären auch einige neuere Bauten im Gestaltungsplanperimeter Loren inzwischen gar nicht mehr möglich. So einfach und klar, wie die Geschichte manchmal zu erzählen versucht wird, ist die Sache nicht.*

*Und so stehen wir heute vor gar nichts. Mit dem Entscheid kann man wieder in die Zukunft schauen, und da gibt's viel zu tun:*

- 1. Das Gebiet Loren muss neu geplant werden. Dies wird mutmasslich auch Auswirkungen auf stadteigene Grundstücke haben.*
- 2. Sind wir gespannt, wie die Flachmoore Glattenried und die Brandschänki aufgewertet werden, d.h. inwieweit die Eigentümer in den Loren zusätzliche Einschränkungen erfahren und ob es gelingt, das vorhandene Wohnhaus mitten im Gebiet zurückzubauen. Ein benachbartes Haus wurde letztes Jahr abgebrochen.*
- 3. Und bezüglich neuer niveaufreier Übergänge ist klar: Da muss mit Einführung der S-Bahn 2G eine Lösung her. Auch wenn Patricio Frei's theologischer Exkurs «vor der Barriere sind alle gleich» gilt, gibt es eben zwei Arten von Übergängen. Solche für Autos und Lastwagen und solche für den Langsamverkehr, also Velofahrerinnen und Fussgänger. Neue Übergänge für den Langsamverkehr sind wohl einfacher zu finden und zu realisieren – und ist auch ganz wichtig für «Uster steigt um». Die Autos stehen heute nicht unbedingt wegen den Barrieren, sondern weil es einfach zu viele hat.*

*Eine Unter- oder Überführung für Auto und Lastwagen wird eine ganz knifflige Aufgabe. Knifflig, weil ein solches Vorhaben mit allen Zulaufachsen sorgfältig in ein schlüssiges städtebauliches Konzept gebettet werden muss. Eine moderne Verkehrsplanung ist auch immer Städtebau. Ohne das ist eine Über- oder Unterführung für Autos und Lastwagen weder mehrheitsfähig noch ein Mehrwert für Uster.*

*Wir hoffen darauf, dass es den drei an diesem Unterfangen beteiligten Parteien – SBB, Kanton und Stadt – gelingt, diese knifflige Aufgabe zu meistern und wir wünschen dem Stadtrat, dass es ihm gelingt, die SBB und Kanton von der Wichtigkeit einer stadtverträglichen Einbettung des neuen Verkehrsregimes zu überzeugen.*

Für die FDP/CVP-Fraktion verliert **Jürg Krauer** (FDP) folgende Fraktionserklärung: *«Oh! Jetzt geht es los.» Da wollte ich heute Nachmittag offiziell via Website des Zweckverbandes Schulgesundheits Uster-Greifensee die Protokolle der letzten Delegiertenversammlungen anfordern und bekomme ein Mail zur Antwort, welches fälschlicherweise an mich zurück geht anstelle an den Präsidenten des Zweckverbandes? «Oh! Jetzt geht es los», heisst es darin.*

*Ja was geht denn los, die Zusatzarbeit? Das Nachforschen? Oder gar ein möglicher „Shitstorm“? Nur, wieso soll ein solcher losgehen? Hat man ein schlechtes Gewissen?*

*Vielleicht, weil sich der Präsident des Zweckverbandes, für die Nichtkundigen: Laurent von Rotz von der SP, rückwirkend per 1. Januar 2019 eine pauschale Behördenentschädigung von 10'000 CHF pro Jahr bewilligen lässt? Obwohl dieser Betrag nicht im Budget enthalten ist und die rechtlichen Grundlagen ungeklärt sind. Und gegen die Empfehlung der eigenen RPK.*

*Oder vielleicht, weil sich die Betriebskommission an der letzten Delegiertenversammlung grosszügig eine Corona-Entschädigung zuschanzte, obwohl wiederum die RPK dies mangels Fakten ablehnen wollte?*

*Immerhin ist Laurent von Rotz als Primarschulpflegemitglied offizieller Delegierter der Primarschulpflege im Zweckverband und nur darum überhaupt Präsident dieses Zweckverbandes. Eigentlich gilt in der Primarschulpflege die Regel, dass solche Zusatzmandate nicht entschädigt werden. Und wenn man einen markanten Mehraufwand hat, wird dieser transparent ausgewiesen und ein entsprechender Antrag zur Entschädigung in der Primarschulpflege gestellt!*

*Die Informationen stammen übrigens aus dem Protokoll der letzten Delegiertenversammlung, welches bis vor kurzem auf der Website des Zweckverbandes noch öffentlich einsehbar war. Seit ein paar Tagen ist dieses verschwunden, wieso auch immer!*

*Wir sind gespannt auf das weitere Treiben dieser Behörde und werden als Ratsmitglieder und insbesondere als Steuerzahler weitere Steuergeldexzesse im Auge behalten!*

Für die Grüne-Fraktion verliest **Patricio Frei** (Grüne) folgende Fraktionserklärung: *Der Feierabend-Theologe meldet sich ans Mikrofon zurück.*

*40 Jahre Planung für den Abfalleimer – das ist es, was von der Strasse Uster West übrigbleibt. Das Projekt wirkte nicht nur wie aus einer anderen Zeit, Uster West war tatsächlich aus dem letzten Jahrhundert. Die Strasse hätte kaum Verkehrsprobleme gelöst, sondern sie bloss verlagert. Und dies für Millionen von Steuergeldern! Vor allem hätte sie den Schutz eines bedeutenden Feuchtgebietes verletzt. Deshalb waren wir Grünen gegen diese Scheinlösung.*

*Letzte Woche hat der Regierungsrat nun bekannt gegeben, dass Uster West nie gebaut wird. Damit bestätigte er, was die Ustermer Grünen schon lange prophezeit hatten. Den Todesstoss erhielt das Projekt Uster West bereits im November 2018, als das Baurekursgericht die Pufferzonen des Regierungsrats als ungenügend taxiert hatte. Über eineinhalb Jahre hat es gedauert, bis jetzt auch Regierungs- und Stadtrat zur Einsicht gelangt sind, dass sie das Projekt Uster West nicht realisieren können. Das sind zwar nochmals eineinhalb verlorene Jahre, aber angesichts von 40 Jahren Planung für den Abfalleimer wohl höchstens eine Randnotiz wert.*

*In diesen eineinhalb Jahren hatten wir Grünen immer wieder verlangt, dass der Stadtrat seine Verkehrspolitik auf eine Lösung ohne Uster West ausrichtet. Doch der Stadtrat hat sich noch am 11. Mai sein Stadtentwicklungskonzept 2035 vom Gemeinderat verabschieden lassen, in welchem er Uster West als eines der «Schlüsselprojekte» für Uster definierte – das war offensichtlich falsch! Damals hatten wir Grüne moniert, dass der Stadtrat das Problem bei seinem eigentlichen Namen zu nennen: Das Schlüsselprojekt für Uster ist ein «Bahnübergang».*

*Das definitive Aus für Uster West ist ein Sieg für den Moorschutz und somit ein Sieg für den Umweltschutz. Dieser Sieg ist nicht zuletzt den Anwohnerinnen und Anwohnern zu verdanken, die beharrlich und gezielt gegen dieses Projekt vorgegangen sind.*

*Eng verknüpft mit der Strasse Uster West ist die Moosackerstrasse, welche den Verkehr von der Wilstrasse nach Riedikon führen soll. Diese Strasse würde bestes Landwirtschaftsland zerstören. Und auch sie würde Uster nicht vom Verkehr entlasten. Nun gilt es, die Moosackerstrasse möglichst rasch aus dem kantonalen Richtplan zu löschen. Denn: Ohne Uster West gibt es auch keine Moosackerstrasse!*

*40 Jahre Planung für den Abfalleimer scheinen für gewisse Exponenten der bürgerlichen Parteien offenbar noch nicht genug. Die zuständige Regierungsrätin Carmen Walker Späh von der FDP setzte jetzt nochmals einen oben drauf. Sie brachte als Ersatz für Uster West eine Unterführung Wermatswilerstrasse ins Spiel. Kann man machen – aber wie bitte schön, soll das gehen? Die Wermatswilerstrasse ist im unteren Abschnitt so eng, dass die Durchfahrt für Lastwagen gesperrt ist – und dies, obschon sie nur auf einer Seite ein Trottoir aufweist. Und auf der anderen Seite des Bahnübergangs bleiben gerade noch rund 20 Meter bis zur Einmündung in die Freie- und anschliessend in die Aathalstrasse – mit welcher Steigung soll denn die Unterführung gebaut werden, um die Fahrzeuge wieder an die Oberfläche zu führen? Zudem führt die Wermatswilerstrasse an einem Kindergarten, an einem Schulhaus und einem Behindertenheim vorbei sowie durch ein Wohnquartier. Kann man machen, Frau Walker Späh. Man kann sich solche Gedanken machen, aber realistisch sind sie nicht. Vor allem sollte man diese Hirngespinnste nicht weiterverfolgen – sonst drohen erneut 40 Jahre Planung für den Abfalleimer.*

*Das Ende für Uster West sollten der Regierungs- und der Stadtrat vielmehr für eine Wendemarke in der Ustermer Verkehrspolitik nutzen. Nun gilt es, die Mobilität unserer Stadt neu zu denken und klimafreundlicher auszurichten. Die eigentlichen «Schlüsselprojekte» liegen dabei beim Fuss- und Veloverkehr sowie beim öffentlichen Verkehr. Diese müssen attraktiver und sicherer ausgestaltet werden, und zwar in einem zügigen Tempo. Damit die Stadt ihrem eigenen Motto gerecht wird: Uster steigt um!*

### **Persönliche Erklärungen**

**Paul Stopper** (BPU) verliest folgende Erklärung zu «Uster West»: *Die gemeinsame Medienmitteilung der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Zürich und des Stadtrates Uster lässt darauf schliessen, dass die Stadt Uster mit dem Entscheid einverstanden ist. Deshalb möchte ich allen danken, vor allem auch – und ich hoffe, dass es alle Mitglieder des Ustermer Stadtrates sind – die mitgeholfen haben, diesen Entscheid nach vierzigjährigem Streit mitzutragen.*

*Diese Strasse war ein eigentliches Kind der Ustermer FDP. Das begann bereits mit dem damaligen FDP-Stadtpäsidenten Walter Flach, der 1980 der kantonsrätlichen Kommission einen flammenden Brief zugunsten der damals «Nordzubringer» genannten Strasse schickte. Und dann der damalige FDP-Bauvorstand Peter Ott, der am 23. April 1983 gegenüber dem AvU erklärte «(...) Wenn die Winterthurerstrasse-Unterführung gebaut würde, hätte die Stadt kein Argument mehr, um vom Kanton den Nordzubringer zu fordern (...)».*

*In diesem Sinne kämpften die Ustermer FDP-Bauvorstände Rolf Aepli und Thomas Kübler weiter für diese Strasse. Zu diesem Spiel gehörte auch, dass die FDP-Baudirektorin im Jahre 2012 kurz vor der Abstimmung über die Volksinitiative «Pro Unterführung Winterthurerstrasse» einen 21-Millionen-Kredit für die Strasse Uster vorlegte, welcher vom Kantonsrat prompt einen Monat vor der erwähnten Ustermer Abstimmung bewilligt wurde. Trotzdem stimmten die Ustermer für die Unterführung Winterthurerstrasse.*

*Die Ustermer FDP schreibt in ihrer Homepage: «Zusammen mit der Tatsache, dass der neue Grüne Baudirektor Martin Neukom dem Projekt wohl kaum wohlwollend gegenüberstand, war das offizielle Ende von Uster-West zu erwarten».*

*Der Entscheid zum Übungsabbruch fiel aber in der kantonalen Volkswirtschaftsdirektion und nicht in der Baudirektion. Die Volkswirtschaftsdirektion wird bekanntlich aber nicht vom grünen Baudirektor, sondern von der blauen FDP-Regierungsrätin Carmen Walker Späh geführt.*

*Die nun beerdigte Strasse war also ein eigentliches FDP-Geschäftli! Bis zum bitteren Ende. Weshalb die Ustermer SP dieses Spieli immer mitgemacht hat, bleibt ihr Geheimnis.*

## 1 Mitteilungen

Der Stadtrat hat anstelle der zurückgetretenen Salome Schaerer (SP) am 2. Juni 2020 Peter Mathis-Jäggi (SP) mit Wirkung ab 16. Juni 2020 als Gemeinderat für gewählt erklärt (vergleiche Seite 758), nachdem die nächsten drei Ersatzpersonen auf der Liste der Sozialdemokratischen Partei (SP), Hannes Witzig, Claudia Hofstetter und Dominik Burger, auf eine Wahl verzichtet haben. Die Ratspräsidentin heisst den neuen Kollegen – er hat dem Gemeinderat bereits von 1998 bis 2006 angehört – erneut willkommen und wünscht ihm viel Erfolg für seine Amtstätigkeit.

Christoph Daeniker (SP) wird aus Uster wegziehen und hat darum seinen Rücktritt aus dem Gemeinderat auf den 31. Juli 2020 erklärt. Der Bezirksrat hat ihn mit Präsidentialverfügung vom 11. Juni 2020 unter Verdankung der geleisteten Dienste entlassen und den Stadtrat eingeladen, die Nachfolge zu regeln. Die Ratspräsidentin würdigt seine Amtstätigkeit: *Christoph Daeniker wurde vom Stadtrat per 1. Januar 2016 anstelle von Walter Strucken erstmals als Gemeinderat gewählt erklärt. Seitdem gehörte er der Kommission Soziales und Gesundheit (KSG) und der Rechnungsprüfungskommission (RPK) an. Am 28. Mai 2018 wurde er zum Vizepräsidenten der RPK gewählt. Lediglich bei einer einzigen Anfrage ist er als Mitunterzeichner mit einem Vorstoss in Erscheinung getreten, was aber seinem Einsatz keinerlei Abbruch tut. Christoph Daeniker war ein stiller, dafür ein seriöser Schaffer in beiden Kommissionen und zeichnete sich durch gute Dossierkenntnisse aus. „Wenn es seine Partei nicht gäbe“, wurde er vom Anzeiger von Uster (AvU) in der Ausgabe vom 16. Februar 2016 gefragt. Dann „würde es weniger tragfähige Kompromisse für anstehende Probleme geben. Soziale Anliegen und sensible Minderheiten würden wohl kaum mehr gehört. An der Politik interessiert mich das Suchen und Finden von Lösungen sowie die Möglichkeit, unsere Stadt im Sinne aller zu gestalten.“ Christoph Daeniker war ein Brückenbauer, denn in der gleichen Ausgabe des AvU gab er auch sein Lebensmotto preis: „Es gibt immer eine Lösung.“ Wir werden seine sachliche und verbindende Weise des Politisierens vermissen. – Du hast es zu meiner Freude stets geschafft, Deine Voten mit Salz und Pfeffer zu würzen. – Wir bedauern darum seinen Rücktritt und wünschen ihm insbesondere an seinem neuen Wohnort alles Gute und viel Erfolg.* (Applaus)

Heute werden unsere Stimmzähler zum Einsatz kommen; sie sind über die ihnen zugeteilten Zählblöcke vorab informiert worden. Darum haben Balthasar Thalmann (SP) und Markus Wanner (SP) ihre Plätze getauscht:

- Eveline Fuchs (Grüne) zählt – von der Präsidentin aus gesehen – die erste und zweite Reihe sowie den „Bock“;
- Balthasar Thalmann (SP) zählt die dritte und vierte Reihe;
- Ursula Räuftlin (Grünliberale) zählt die fünfte und sechste Reihe.

## **2 Protokollabnahme**

Das Protokoll der 26. Sitzung des Gemeinderates vom 8. Juni 2020 ist rechtzeitig aufgelegt. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 53 Abs. 4 GeschO GR als genehmigt.

**3 Kommission Planung und Bau (KPB), Ersatzwahl eines Mitglieds für den Rest der Amtsdauer 2018-2022 anstelle der zurückgetretenen Salome Schaerer (SP)**

Die Wahl der Kommissionsmitglieder erfolgt geheim, sofern mehr Kandidaten vorgeschlagen werden, als Sitze zu vergeben sind (Art. 36 Abs. 1 GeschO GR).

Der Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK), Rolf Denzler (SVP), schlägt zur Wahl vor:  
Peter Mathis-Jäggi (SP).

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Die Präsidentin erklärt den Vorgeschlagenen als gewählt.

**Wahl**

**Der Gemeinderat beschliesst:**

- 1. Peter Mathis-Jäggi (SP) wird als Mitglied der Kommission Planung und Bau für den Rest der Amtsdauer 2018-2022 gewählt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

**4 Rechnungsprüfungskommission (RPK), Ersatzwahl eines Mitglieds für den Rest der Amtsdauer 2018-2022 anstelle der zurückgetretenen Salome Schaerer (SP)**

Die Wahl der Kommissionsmitglieder erfolgt geheim, sofern mehr Kandidaten vorgeschlagen werden, als Sitze zu vergeben sind (Art. 36 Abs. 1 GeschO GR).

Der Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK), Rolf Denzler (SVP), schlägt zur Wahl vor: Peter Mathis-Jäggi (SP).

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Die Präsidentin erklärt den Vorgeschlagenen als gewählt.

**Wahl**

**Der Gemeinderat beschliesst:**

- 1. Peter Mathis-Jäggi (SP) wird als Mitglied der Rechnungsprüfungskommission für den Rest der Amtsdauer 2018-2022 gewählt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat und die Sekundarschulpflege.**

## 6 Weisung 42/2020 des Stadtrates: NPM-Jahresbericht 2019

Gemeinsame Behandlung mit TOP 7 (Weisung 43/2020).

### 6.1 Allgemeine Diskussion Geschäftsfelder (GF) inklusive Investitionen

Der Abteilungsvorsteher Finanzen, **Stadtrat Dr. Cla Reto Famos**, referiert: *Die Jahresrechnung 2019 der Stadt Uster schliesst mit einem Aufwandüberschuss von 7,6 Millionen Franken ab. Dieses negative Ergebnis ist auf eine Kombination von gestiegenen laufenden Kosten einerseits und eine Reihe von Sonderfaktoren andererseits zurückzuführen, insbesondere der Buchverlust im Zusammenhang mit den Grundstücken der «Unteren Farb» (2,8 Mio. Franken) sowie der Beitrag für den Bahninfrastrukturfonds (1 Mio.). Der Personalaufwand schliesst 0,7 Mio. über, der Sachaufwand 2,8 Mio. unter Budget ab.*

*Die Globalkredite schliessen gesamthaft mit 135 Mio. ab, der bewilligte Globalkredit betrug aber nur 133,5 Mio. Franken. Die Geschäftsfelder, welche in der Verantwortung des Stadtrates liegen, schliessen 2,6 Mo. über Budget ab. Darin enthalten sind 0,8 Mio. Franken interne Verrechnung von Räumlichkeiten an die Primarschule, auf die seit 1. Januar 2019 weitestgehend verzichtet wird. Die Primarschule hat ihr Budget inklusive dieser Entlastung um 1,3 Mio. unterschritten, der bewilligte Nachtragskredit wurde somit nicht benötigt. Das Geschäftsfeld Sozialhilfe hat das Globalbudget um 0,2 Mio. überschritten.*

*Die Nettoinvestitionen im Verwaltungsvermögen liegen mit 24,7 Mio. unter dem Budget von 27,9 Mio. Das ist eine hohe Realisierungsquote von 88,7 Prozent. Nach wie vor hat die Stadt Uster in den nächsten Jahren weitere grosse Investitionen vor sich. Ein hohes geplantes Investitionsvolumen ist für eine wachsende Stadt in der Grösse von Uster grundsätzlich nicht ungewöhnlich. Jedoch muss der Zeitpunkt der Realisierung der Investitionen laufend überprüft und gegebenenfalls sowohl zeitlich als auch umfangmässig angepasst werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass unsere Investitionsvorhaben realistisch und finanzpolitisch verträglich budgetiert werden. Denn eines ist klar: Uster hat eine relativ tiefe Steuerkraft und wird sich deshalb und schon wegen des fehlenden Zentrumslastenausgleichs nicht so viel leisten können wie z.B. Zürich. Wir eruieren in einer auf 15 Jahre ausgerichteten, rollend aktualisierten Investitionsplanung, was wir uns wie und wann leisten können.*

*Der Cash Flow betrug tiefe 9,8 Mio. (Vorjahr u.a. dank sehr hoher Grundstückgewinnsteuern 23,9 Mio.). Das Nettovermögen beträgt per Ende 2019 trotz allem immer noch 32,8 Mio. oder 941 Franken pro Kopf (Einwohner/in). Das Eigenkapital beträgt – dank den vollzogenen Aufwertungen – 328,4 Mio. – was einem historischen Höchststand entspricht.*

*Zusammenfassend muss man festhalten: Die Stadt Uster hatte 2019, das volkswirtschaftlich eigentlich noch ein sehr gutes Jahr war, ein Defizit, das strukturell mit stark gestiegenen laufenden Kosten und einem sehr hohen Investitionsvolumen zusammenhält. Und dieses Defizit wird den finanzpolitischen Handlungsspielraum für die nächsten Jahre einengen. Insbesondere die Erreichung des mittelfristigen Ausgleichs und der Substanzerhaltung des Finanzhaushaltes addiert mit den finanziellen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie wird den Finanzhaushalt mittelfristig vor sehr grosse Herausforderungen stellen.*

*Wie sieht das laufende Jahr 2020 aus? Wir sind leider mit etwas Rücklage in dieses ausserordentliche Jahr gestartet. Zuerst beschäftigte uns das Notbudget, bevor dann die weltweite COVID-19-Pandemie mit ihren bekannten Folgen und wirtschaftlichen und finanziellen Verwerfungen einsetzte. Erste Hochrechnungen gehen denn auch für 2020 von einem sehr hohen Aufwandüberschuss aus. Die finanziellen Auswirkungen der Pandemie werden zurzeit mit 6,1 Mio. geschätzt, der Gemeinderat wird zum entsprechenden Nachtragskredit im September beraten. Dazu werden Mindereinnahmen bei den Steuern von bis 6 % erwartet. Die aktuelle Hochrechnung geht deshalb von einem Defizit im zweistelligen Millionenbereich aus. Konkret schätzen wir das Defizit zurzeit auf 10,5 Mio. Franken. Diese Schätzung ist allerdings noch immer mit grossen Unsicherheiten behaftet, die Risiken sind noch immer schwer abzuschätzen. Der Steuertrag 2020 wird zwar gemäss aktuellen Schätzungen noch nicht substanziell tiefer ausfallen. Es ist aber nach wie vor unklar, wie stark das kanto-*

nale Mittel bereits dieses Jahr betroffen ist. Eine Reduktion des kantonalen Mittels hätte einen tieferen Ressourcenzuschuss für die Stadt Uster zur Folge. Dies wiederum würde das Ergebnis 2020 weiter verschlechtern.

Die finanziellen Auswirkungen betreffen viele Dienstleistungen der Stadt, so betragen die Mindereinnahmen aufgrund behördlicher Schliessungen (Stadthofsaal, Hallenbad, Tagesstrukturen etc.) 1,3 Mio. Dazu kommen Mindereinnahmen bei den Heimen aufgrund einer tieferen Bettenauslastung, da die Heime aufgrund der Vorgaben nicht alle Betten belegen konnten (0,5 Mio.). Der Antrag von National- und Ständerat betreffend Mietzinsreduktion von Gewerbeliegenschaften während der Dauer des Lock Down führt zu voraussichtlichen Mindereinnahmen von 0,1 Mio. Auch der voraussichtliche zusätzliche Defizitbeitrag ZVV mit 1,2 Mio. und die Regelung betreffend die Beiträge an die familienergänzenden Betreuungsangebote von 0,6 Mio. sowie die Aufwendungen für zusätzliches Schutzmaterial und zusätzliche Reinigungsintervalle belasten den Finanzhaushalt. Finanzpolitisch positiv ist, dass die Globalkredite, exklusiv den finanziellen Auswirkungen der Pandemie, voraussichtlich eingehalten werden können.

Werfen wir noch einen kurzen Blick in die weitere Zukunft: Für die Folgejahre ist aktuell von teilweise deutlich tieferen Steuereinnahmen auszugehen. Die COVID-19-Pandemie und die Massnahmen zur Eindämmung der Pandemie werden den Finanzhaushalt deshalb auch mittelfristig weiter beschäftigen.

Sehr geehrte Damen und Herren, das sind leider keine sehr guten Nachrichten. Trotzdem gibt es auch Lichtblicke und auf die möchte ich zum Schluss noch einmal zurückkommen: «Spare in der Zeit, so hast Du in der Not», haben wir von unserem Finanzminister in Bern in den letzten Wochen immer wieder gehört. Die Stadt Uster verfügt zum Glück über ein rekordhohes Eigenkapital. Sie kann deshalb das letztjährige, wie auch das voraussichtliche Ergebnis 2020 im Prinzip problemlos verkraften. Allerdings: Auch mittelfristig ist von Defiziten auszugehen, insbesondere für das Budgetjahr 2021. Der Stadtrat ist sich der Herausforderungen bewusst und wird sich weiterhin mit Augenmass für einen mittelfristig ausgeglichenen Finanzhaushalt einsetzen. Der Handlungsspielraum wird aber im Vergleich zu früheren Jahren deutlich eingeschränkt sein, weil ein Teil des Pulvers nun bereits verschossen ist.

Für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert **Walter Meier** (EVP): Die RPK hat die Jahresrechnung und den NPM-Jahresbericht am 29. Juni 2020 diskutiert. Wir nehmen den Verlust von über 7 Mio. und den eher bescheidenen Cash Flow von knapp 10 Mio. zur Kenntnis. Aufgrund der Aufwertung ist das Eigenkapital so hoch, so dass die Verminderung des Eigenkapitals durch den Verlust fast nicht auffällt. Für einige ist das Nettovermögen entscheidender. Die Stadt Uster weist ein Nettovermögen auf, und keine Nettoschuld. Das ist positiv. Allerdings ist der Cash Flow zu tief. Die knapp 10 Mio. reichen nicht aus, die durchschnittlichen Investitionen zu finanzieren. Das heisst, dass die Verschuldung steigt.

An dieser Stelle danke ich allen Mitarbeitenden der Stadt, der Sozialbehörde, der Primarschulpflege und der Sekundarstufe Uster für die gute Zusammenarbeit. Wir wurden ernst genommen und auch Fragen, welche frühere Mitglieder in der gleichen Kommission bereits einmal gestellt haben, wurden erneut beantwortet. Die Belegprüfung konnte wiederum mit dem Remote-Zugriff von zu Hause aus erledigt werden. Dazu folgende Bemerkungen:

- Das Rechnungsjahr 2019 war das Jahr der grossen Umstellung auf HRM2. Es gibt einen neuen Kontenplan und neue Kostenstellen. Das haben wir bei der Belegprüfung feststellen können. Nicht alle Belege sind am richtigen Ort gelandet. Und es wurde zudem fleissig umgebucht.
- Zum Belegtext: Aus dem Beleg muss hervorgehen, um was es sich handelt. Auch einem unbeteiligten Dritten muss verständlich werden, wofür das Geld ausgegeben oder eingenommen wird.
- Wir sehen durchaus ein, dass es Weihnachtessen und Essen mit Gästen usw. gibt. Wir kritisieren auch nicht die Beträge, die dafür ausgegeben werden. Aber auch hier sollte aus dem Beleg hervorgehen, um was es sich handelt und wer daran teilnahm. In verschiedenen GF funktioniert dies bereits sehr gut, bei anderen hat es noch Luft nach oben.

Die RPK hat auch den Bericht der BDO zur technischen Prüfung der Jahresrechnung zur Kenntnis genommen. Die BDO empfiehlt, der Jahresrechnung zuzustimmen. Die RPK hat der Jahresrechnung einstimmig zugestimmt und empfiehlt dem Gemeinderat, das Gleiche zu tun.

Für die SP-Fraktion referiert **Angelika Zarotti** (SP): *Das die Rechnung mit einem Defizit von 7 Millionen Franken abschliesst, ist leider keine Überraschung. Sondereffekte spielen dabei wie schon in anderen Jahren eine Rolle: Für einmal schönen sie aber nicht die Ertragsseite und übertünchen damit eigentlich ungenügende Rechnungsabschlüsse. Dieses Jahr fallen die Sondereffekte für einmal auf der Aufwandseite an und tragen entscheidend zu einem schlechten Ergebnis bei. Dabei sollten wir aber die Lichtblicke nicht übersehen: Die Globalkredite schliessen nur geringfügig über dem Budget ab, die Primarschule schliesst sogar besser als budgetiert ab. Ein Zeichen, dass der Stadtrat und mit ihm die Verwaltung eine hohe Budgetdisziplin gezeigt haben.*

*Für die SP-Fraktion ist die schlechte Finanzierung nichts Neues. Seit Jahren fordert die SP, dass die Einnahmen besser abgestützt und damit auch die Investitionen besser finanziert werden können. Der frühere Stadtrat hatte dafür kein Gehör. Das Resultat dieser Politik: In den letzten acht Jahren hat die Stadt auf Pump gelebt, die Schulden wurden massiv auf über 100 Millionen Franken erhöht, da die ganze Rechnung unterfinanziert war.*

*Die Finanzierung der vielen Investitionen in die Infrastruktur und die Angebote einer wachsenden Stadt bleibt eine grosse Herausforderung. Aber es sind Investitionen, die wir uns leisten können müssen, wenn sich Uster weiterentwickeln und sich wie im STEK beschrieben als regionales Zentrum mit Ausstrahlung positionieren will. Wir wollen eine lebendige und attraktive Stadt und dafür braucht es diese Investitionen.*

*Auch wenn wir heute «nur» über die Rechnung 2019 sprechen, also zurückschauen, so kommen wir angesichts der Corona-Krise nicht darum herum einen Blick nach vorne zu werfen. Wir alle wissen: Die Rechnung 2020 wird aufgrund der Mehrausgaben durch Corona mit einem grossen Defizit abschliessen. Und die Budgetierung 2021 wird wohl noch herausfordernder als sowieso schon, insbesondere weil niemand von uns weiss, wie sich die Corona-Krise auf die Steuereinnahmen auswirken wird, selbst die Experten nicht: Ihre Prognosen reichen diesbezüglich von zartrosa bis rabenschwarz.*

*Wir raten dem Stadtrat dazu, in dieser Situation, wo niemand nichts Genaueres weiss, nicht über zu reagieren: Ob und wie stark sich die Corona-Krise auf die Stadt Uster auswirkt, wissen wir alle nicht, noch nicht. Und gerade deshalb darf nun nicht überreagiert werden. Zumal gerade in einer wirtschaftlichen Krise ein antizyklisches Verhalten der öffentlichen Hand wichtig ist. Die Corona-Pandemie ist eine ausserordentliche Situation auch in finanzieller Hinsicht. Und so sollten wir sie auch behandeln.*

*Mit diesen Bemerkungen stimmt die SP-Fraktion der Rechnung 2019 zu.*

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Barbara Keel** (SVP): *Das ist jetzt also der erste Jahresabschluss, bei dem das ganze Rechnungsjahr in der Verantwortung des rot/grünen Stadtrats war. Wir haben das tiefrote Minus erwartet, das uns präsentiert wird. Was aber noch schlimmer ist, ist das Chaos, das die Jahresrechnung beherrscht!*

*Wer die Jahresrechnung und den NPM-Jahresbericht 2019 durchliest, kann nur mit Schrecken die völlige Beliebigkeit feststellen, mit der die Zahlen zustande gekommen sind. Es macht den Eindruck, dass kein Budgetwert auf geplantem Wege erreicht wurde. Dass kein Franken dort ausgegeben wurde, wo er geplant war. Das Geschäftsfeld Primarschule kann noch lange darauf verweisen, dass der gewährte Nachtragskredit nicht benötigt worden sei. Das Geld versickerte einfach irgendwo unbudgetiert in der Verwaltung.*

*Die unzähligen Zusatzausgaben, Umbuchungen, internen Verrechnungen, Praxisänderungen, wahllosen Entlastungsmassnahmen und vergessenen Budgetposten lassen die Jahresrechnung zu einem unleserlichen Flickwerk verkommen.*

*Hat der rot/grüne Stadtrat die Kontrolle über den Haushalt verloren? Oder ist das die Ausgabenpolitik und Rechnungslegung des neuen Stadtrates?*

*Wir können nur immer wieder daran erinnern: Das Geld gehört den Ustermer Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern. Und nicht dem Staatsapparat.*

*Als sich bereits im Sommer 2019 das finanzielle Fiasko abzeichnete, hat der Stadtrat angeblich einschneidende Sparbemühungen unternommen. Bei den 60 Massnahmen hat er seine eigenen Lieblingskinder und die wirklich heissen Eisen aber von Anfang an verschont.*

*Wir können keine wirklichen Sparbemühungen erkennen, wenn man einfach notwendige und auch budgetierte Ausgaben auf das nächste Jahr verschiebt.*

*Die wenigen echten Kürzungen hat der Stadtrat so ausgewählt, dass er möglichst vielen Personen ans Schienbein trat und mit dem Finger auf den Gemeinderat gezeigt, da ja dieser für das Budget verantwortlich sei.*

*Im letzten Jahr schob der rot/grüne Stadtrat die Schuld jeweils auf die Mitglieder der Exekutive, die bis April 2018 im Amt waren. Nun benützt er den Gemeinderat als Sündenbock für das eigene Verhalten. Hauptsache, er kann das Steuergeld weiterhin mit beiden Händen ausgeben.*

*Dem gegenüber steht die Oberstufenschule. Das leichte Minus ist zwar unerfreulich, aber die Oberstufenschulpflege beweist, dass man auch ein stabiles Budget einhalten kann. Man müsste halt nur wollen.*

Für die Grünliberale/EVP/BDP-Fraktion referiert **Beatrice Caviezel** (Grünliberale): *Ich bin nicht sicher, ob ich die gleiche Rechnung 2019 gelesen habe, so wie es die SVP gerade vorgetragen hat. Na ja – andere Partei, andere Meinung! Aus Sicht der Mittefraktion ist der Rechnungsabschluss 2019 der Stadt Uster kein Glanzergebnis. Die Stadt weist einen Aufwandüberschuss von 7,6 Mio. aus. Budgetiert war ein Minus von 3.6 Mio. inkl. der Nachtragskredite. Dies trifft besonders auf die Geschäftsfelder in der Verantwortung des Stadtrates zu, die 2,6 Mio. über Budget bleiben. Bemerkenswert ist dieses wenig erbauliche Ergebnis, weil höhere Steuereinnahmen als im Vorjahr und höhere Grundstückgewinnsteuern als budgetiert eingingen. Und wie es wohl herausgekommen wäre, wenn die Stadt im letzten Sommer nicht den Sparhebel angesetzt hätte, daran ist nicht zu denken. Dass die wenig transparente «mit dem Kopf durch die Wand»-Politik des Stadtrates im Zusammenhang mit dem Prestigeobjekt «Untere Farb» diesen nun in der Rechnung noch einholt und im Jahr 2019 mit 2.8 Mio. Buchverlust die Rechnung belastet, zeigt auf, wie wichtig verantwortungsvolles, transparentes und überlegtes Handeln gegenüber dem Gemeinderat und auch gegenüber den Kritikern von Anfang an angezeigt wäre.*

*Im Verwaltungsvermögen wurden rund 24.7 Mio. investiert, etwas weniger als budgetiert, doch liegt die Realisierungsquote von 88,7 % in einem akzeptablen Bereich. Hier Abstriche zu machen, wäre nicht in unserem Sinne und wir sind froh darüber, dass hier keine grossen Pendenzen liegen geblieben sind.*

*Eine wichtige Zahl für uns ist zudem der Cash Flow. Der Cash Flow sollte mindestens 16 Mio. Franken betragen, damit die langfristig tragbaren Investitionen finanziert werden können. Mit einem Cash Flow HRM von 9.8 Mio. Franken wurde dieses Ziel weit verfehlt. Etwas, dass wir besorgt zur Kenntnis nehmen.*

*Und es zeigt sich gerade auch durch die Coronakrise, wie wichtig eine nachhaltige Finanzpolitik ist, welche dafür garantiert, dass die Stadt auch in einer ausserordentlichen Situation handlungsfähig ist und bleibt und auch mit den durch die wegen der Coronakrise zu erwartenden Steuerausfällen kombiniert mit höheren Sozialkosten aufgefangen werden können.*

*Der Finanzhimmel hat sich verdüstert und auch die Aussichten für dieses und die nächsten Jahre sind nicht gerade rosig. Es wird einige Anstrengungen brauchen, damit die Finanzen der Stadt Uster nicht in die Schieflage geraten.*

Für die FDP/CVP-Fraktion referiert **Marc Thalmann** (FDP): *Die Sonderfaktoren sind in aller Munde. Für das satte Minus von 7.6 Mio. CHF dürfen sie aber nicht als alleinige Ausrede gelten. Auf der Ausgabenseite sieht das Resultat der Stadt Uster düster aus. Bereits das Budget 2019 ging von einer Zunahme der Globalkredite um 3.5 Mio. CHF aus. Doch selbst dieser Wert wurde allerdings verfehlt und schlussendlich resultierte gar eine Zunahme um 5.0 Mio. CHF. Und dies trotz eingeleiteter Sofortmassnahmen im letzten Frühjahr – da darf man, trotz anderer Aussage im Bericht zur Jahresrechnung am effektiven Sparwillen des Stadtrates zweifeln. Zumal die Jahre 2019 und 2020 unter der rotgrünen Mehrheit im Stadtrat schon in den Budgets stark steigende Kosten zeigten. Diese massive Kostensteigerung muss der Stadtrat in den Griff bekommen, allenfalls braucht er vom Gemeinderat dazu ein klares Zeichen – die von links geforderten Steuererhöhungen helfen da bestimmt nicht.*

*Einnahmeseitig ist zwar der Gemeindesteuerertrag im letzten Jahr leicht angestiegen. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Stadt Uster im Vergleich zum kantonalen Mittel nach wie vor eine tiefe relative Steuerkraft hat. Enttäuschend ist in diesem Zusammenhang, dass im letzten Jahr die Anzahl juristischer Personen und folglich auch deren Steuersubstrat abgenommen haben. Dies läuft der Strategie 2030 des Stadtrates entgegen, in welcher er sich die Standortförderung zum Ziel gesetzt hat. Die FDP/CVP-Fraktion erwartet daher künftig vom Stadtrat mehr als nur leere Worte und eine aktivere Wirtschaftspolitik zur Förderung des Ustermer Gewerbes. Die finanziellen Aussichten der Stadt Uster für die kommenden Jahre stimmen uns alles andere als zuversichtlich. Auf der einen Seite stehen in nächster Zeit weitere grössere Investitionen an. Mit dem Stadtentwicklungskonzept wurde ein urbanes Uster skizziert, welches eine überregionale Ausstrahlung haben soll. Die Stadt wird hierfür ihren eigenen finanziellen Beitrag leisten müssen. Dabei gilt es, die Kostenwahrheit hoch zu halten. Ein Beispiel? Die Kostenschätzung für das Kulturzentrum unter die vom Gemeinderat ursprünglich geforderten 20 Millionen gedrückt, jedoch nur dadurch, weil der Ausbau durch die künftigen Mieter getätigt werden sollte. Nur wissen wir alle, dass die künftigen Mieter, durch die Stadt subventionierte Kulturbetriebe nie und nimmer alles selber stemmen können, sondern dies von der öffentlichen Hand einfordern. Einfach über ein anderes Kässeli. Ein weiteres Beispiel zur Kostenwahrheit aus der jüngeren Vergangenheit ist die provisorische Dreifachturnhalle. So kann man keine Finanzplanung betreiben – und diesen Appell adressiere ich nicht primär an den Finanzvorstand, sondern auf den gesamten Stadtrat und die Verwaltung. Auf der anderen Seite muss befürchtet werden, dass die aktuelle Corona-Situation erhebliche negative Auswirkungen auf die künftigen Steuereinnahmen haben wird. Eine Steuererhöhung, wie sie die Ratslinke seit Jahren fordert, und damit eine Mehrbelastung der Steuerzahlenden und der Ustermer Unternehmen zur Deckung dieser Einnahmeausfälle, darf gerade in dieser keine Lösung sein. Wenn weniger Steuern gezahlt werden, bedeutet dies, dass weniger Geld im Kassen und den Portmonees ist. Der vielbesagte Kuchen wird kleiner – warum soll sich der Staat nun einfach ein grösseres Stück davon abschneiden? Damit die Kosten nicht aus dem Ruder laufen, wird muss insbesondere der stetig steigende Verwaltungsaufwand nicht nur plafoniert, sondern gesenkt werden. Und die Stadt wird gezwungen sein, in den nächsten Jahren zurückhaltend zu investieren. Kein „zu Tode sparen“, wie es die Linke uns gerne vorwirft, aber nach den Verhältnissen leben, die man sich leisten kann. Die FDP/CVP-Fraktion ihrerseits wird sich weiterhin konsequent für einen sorgsam Umgang mit den Steuergeldern einsetzen.*

Für die Grüne-Fraktion referiert **Patricio Frei** (Grüne): *Das letzte Jahr schien noch nie so weit weg wie 2020: In Zeiten von Reproduktionszahlen und Maskenpflicht brauchen wir all unsere Energie, um mit der Gegenwart klar zu kommen. Ein Blick zurück erscheint da mühsam, ist aber bei einer Jahresrechnung trotzdem unabdingbar. Die Jahresrechnung der Stadt Uster fällt mit einem Defizit von 7,6 Millionen Franken 4 Millionen Franken schlechter aus als budgetiert. Barbara Keel von der SVP macht es sich zu einfach, wenn sie die ganze Schuld dem rotgrünen Stadtrat zuschiebt. Das Budget trägt nämlich immer noch die Handschrift des früher bürgerlichen Stadtrats. Das der Jahresrechnung 2019 zugrundeliegende Budget trug noch die Handschrift der Bürgerlichen, die in den Wahlen 2018 erstmals die Mehrheit abgeben mussten. Für die Ausführung dieses Budgets erhält der aktuelle Stadtrat das Prädikat «ordentlich». Auch wenn es Mehrausgaben beim Personal von 0.7 Mio. Franken und bei den Globalkrediten von 1.5 Mio. Franken gab, offenbart der Stadtrat einen haushälterischen Umgang mit den Mitteln. Wir Grünen sind wenig überrascht vom Defizit in der Jahresrechnung 2019. In der damaligen Budgetdebatte hatten wir noch eine moderate Erhöhung des Steuerfusses um 2 Prozent gefordert, was aber keine Mehrheit fand. Dass nun das Defizit derart hoch ausgefallen ist, ist ein klares Indiz dafür, dass sich die Finanzen der Stadt Uster in Schieflage befinden und zwar seit Längerem. Trotz Sparanstrengungen wächst der noch vom bürgerlich dominierten Stadtrat verursachte Schuldenberg seit Jahren. Eine nachhaltige Finanzpolitik aber basiert nicht in erster Linie auf Schulden, welche die Kosten an kommende Generationen überwälzt. Eine nachhaltige Finanzpolitik stemmt die Kosten für die Aufwendungen so weit wie möglich mit den eigenen Einnahmen.*

*Die verfehlte Finanzpolitik wird leider auch dieses Jahr weitergeführt: Verursacht von den Bürgerlichen, welche die vom Stadtrat beantragte Steuerfusserhöhung ablehnten. Grösste Sorge bereiten uns Grünen die finanziellen Folgen der Corona-Krise. Eine Steuererhöhung für das kommende Budget ist unausweichlich.*

## **6.2 Geschäftsbericht Gemeinderat (Parlamentarische Dienste)**

Für die Geschäftsleitung des Gemeinderats referiert Präsidentin **Karin Niedermann** (SP), darum übernimmt die 1. Vizepräsidentin, Anita Borer (SVP), den Vorsitz: *Für das Personal des Parlamentsdiensts haben sich im Rechnungsjahr 2019 die von der Geschäftsleitung veränderte Einreihung der Lohnklasse und ein Lohnstufenanstieg ausgewirkt. Zudem wirkten sich die Anpassung der Entschädigungen für den Gemeinderat an die Teuerung und länger dauernde Sitzungen von Rat und Kommissionen auf die Höhe der Taggelder aus.*

## **6.3 Geschäftsbericht Stadtrat**

### **GF Steuerung und Führung**

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KÖS) referiert **Marco Ghelfi** (Grüne): *Die Subkommission traf sich am 29. Mai 2020 und am 5. Juni 2020 mit Stadtpräsidentin Barbara Thalman, Stadtschreiber-Stellvertreter Jörg Schweiter, Hans Ulrich Salchli und Walter Schürch. Das Budget von SFR 3'854'000 für den Globalkredit des Geschäftsfeldes Steuerung und Führung wurde mit SFR 594'000 überschritten. Die Überschreitungen sind zum einen auf das arbeitsintensive Wahl- und Abstimmungsjahr und zum anderen auf grosse erstmalige Abschreibungen aufgrund der Einführung des Rechnungslegungsmodells HRM2 zurückzuführen. Ein aussergewöhnlicher Aufwand, vor allem personeller Natur, war die Neubesetzung der Stadtschreiberstelle.*

*Digitalisierung und Prozessorientierung: Die Digitalstrategie wurde im November 2019 finalisiert und anschliessend publiziert. Die mobile Sitzungsvorbereitung ist kurz vor Projektabschluss. Aus Ressourcengründen wird vorerst vollständig auf das Gebiet des Smart Government gesetzt. Als erstes und wichtigstes sollen die Grundlagen für eine erfolgreiche digitale Transformation erschaffen werden.*

*Mit den Grossprojekten «Prozessorientierung» und «Change Management» soll die Organisation für den digitalen Wandel fit gemacht werden. Es wird eine Abkehr vom Abteilungsgedanken zu einem Prozessgedanken angestrebt.*

*Wirkungsprüfung LG Organisation und Controlling: Am 5. Juni 2020 wurde durch die Subkommission eine Wirkungsprüfung der Indikatoren der LG Organisation und Controlling durchgeführt. Diese ergab keine Auffälligkeiten. Alle Indikatoren sind schriftlich definiert, gut begründet und nachvollziehbar. Darum hat die KÖS am 23. Juni 2020 das GF Präsidiales einstimmig gutgeheissen.*

### **GF Präsidiales**

Für die KÖS referiert **Hans Denzler** (SVP): *An der Subkommissionssitzung vom 29. Mai 2020 sind wir die schriftlich gestellten Fragen nochmals mündlich durchgegangen.*

*In einzelnen Themen in der LG Standortförderung möchte ich noch auf ein paar Punkte eingehen. So sind seit der Einführung der Uster-Batzen im September 2019 bis Ende März 4000 Batzen verkauft worden. Im Zeitraum der Sonderaktion Anfang Mai bis Ende Mai nochmals 472. In 120 Geschäften wird der Uster-Batzen als Zahlungsmittel akzeptiert. Die Einführung der Uster-Batzen kann als Erfolg bezeichnet werden. Zu hoffen ist, dass er sich auch langfristig etabliert.*

*Ein anderes Thema ist die Weihnachtsbeleuchtung, die in 2-3 Jahren total saniert oder die Anschaffung einer neuen Weihnachtsbeleuchtung diskutiert werden muss. Beides wird relativ hohe Kosten verursachen.*

An der Sitzung vom 29. Mai 2020 hingen noch düstere Wolken über dem Anlass „Uster on Ice“. Die bisherigen Veranstalter haben sich entschieden, trotz der finanziellen Zusicherung von 30'000 Fr. seitens der Stadt Uster, sich definitiv zurückzuziehen. In der Zwischenzeit sind Bestrebungen im Gang von Privatpersonen, Uster-on-Ice weiter zu führen. Gespräche mit dem bisherigen Veranstalter sind im Gang. So hoffen wir auf ein gutes Ende.

Der Rechnungsabschluss 2019 im Vergleich BU 2019 kann man als Punktlandung bezeichnen. Mit 0,3 % Abweichung oder 4'000Fr. über dem Budget.

Die KÖS hat den NPM-Bericht zum GF Präsidiales einstimmig genehmigt und empfiehlt dem Gemeinderat dessen Annahme.

### **GF Gesellschaft**

Für die Kommission Bildung und Kultur (KBK) referiert **Andreas Pauling** (Grünliberale): *Das GF Gesellschaft schliesst 1.1% über dem Globalbudget, was dem Mittel über alle Geschäftsfelder entspricht. Der effektive Aufwand betrug 4.457 Mio. CHF (inkl. Abschreibungen), bei einem Budget von 4.407 Mio. Der Aufwandüberschuss entstand in der LG Kultur. Das Postulat «Museen stärken in Uster» verzögerte die Einführung kostendeckender Mieten bei der Bewirtschaftung des Zeughauses (Mindereinnahmen 150'000.-). Andererseits betragen die allgemeinen Einsparungen der Leistungsgruppe 40'000.-. Die Förderbeiträge Kultur überschreiten mit 508'000.- den budgetierten Betrag von 455'000.-. Ein Grund ist, dass der Kunstpreis, die Stadtmusik und Kunstplakate darin enthalten sind. Ohne diese Beträge entspricht der IST-Wert 2019 den IST-Werten der Vorjahre, liegt aber immer noch 26'000.- über dem budgetierten Wert. Hier handelt es sich aber um eine Kennzahl und nicht um eine Vorgabe. Alle anderen Leistungsgruppen schlossen unter Budget ab.*

*Beim Personal lagen alle Leistungsgruppen im Budget. Bei der LG Stadtbibliothek waren statt der 10.1 nur 9.7 Stellen besetzt. Dies war dank Effizienzsteigerungen möglich.*

*Bei der Investitionsplanung fällt auf, dass mit 200'000.- viel zu tief budgetiert wurde. Der IST-Wert beträgt 583'000.-. Der Grund liegt in der Zeughaus Phase 5. Der Betrag setzt sich aus dem Wettbewerb (300'000.-) sowie die Sanierung Zeughaus (280'000.-) zusammen. Beide Projekte liegen im Rahmen des vom Gemeinderat bewilligten Kredits.*

*Nicht monetär sind folgende Punkte erwähnenswert:*

- *LG Kultur: Der „Turm“ von Jürg Altherr, der wegen Baumängeln wieder demontiert werden musste, bleibt vorläufig am Boden. Unterdessen hat die Staatsanwaltschaft ihre Untersuchung abgeschlossen. Der Stadt liegt der Strafbefehl gegen den Ingenieur vor. Dieser wurde schuldig gesprochen wegen fahrlässiger Gefährdung durch Verletzung der Regel der Baukunde. Bei den Verantwortlichen der Stadt Uster wurden keine Verfehlungen festgestellt. Im Urteil wird von einer durch «massive Korrosion befallene Konstruktion» gesprochen. Für die Stadt ist die Ursache damit immer noch zu wenig bekannt.*
- *LG Stadtbibliothek: Die winterlichen Sonntagsöffnungen stiessen auf positives Echo und waren gut besucht (240 Besuchende pro Sonntag). Zudem wurden ab März die Öffnungszeiten von 42 auf neu 56 Stunden pro Woche ausgedehnt. Dies war dank dem Open-Library-Konzept ohne zusätzliche Stellen möglich. Ebenfalls per März wurde eine neue Benutzungs- & Gebührenordnung eingeführt. Die Einnahmen der Bibliothek konnten gesteigert werden, ohne Kunden zu verlieren.*
- *LG Jugend, Kindheit und Inklusion: Wichtige Tätigkeiten umfassten die Umsetzung der Leistungsmotion «Gleichstellung für Menschen mit Behinderung», wo viele Projekte realisiert werden konnten. Zudem wurde eine umfassende Reorganisation der Jugendarbeit mit dem FRJZ eingeleitet.*

*Das GF Gesellschaft wurde von der KBK mit 7:0 Stimmen gutgeheissen.*

### **GF Finanzen**

Für die KÖS referiert **Christoph Keller** (SVP): *Ich berichte Ihnen für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit sowie für die Rechnungsprüfungskommission wie folgt aus dem Geschäftsfeld Finanzen.*

*Die Rechnung 2019 schliesst 65'000 besser ab als budgetiert. Der Personalbestand befindet sich beinahe auf Niveau der Rechnung 2018 und unter dem Budget. Die Finanzverwaltung konnte erfolgreiche die neue Anlagenbuchhaltung einführen.*

Die Investitionsplanung wurde gegenüber Budget um 113'000 unterschritten, da im Bereich IT-Investitionen, die für die Einführung von Windows 10 bereits im Jahr 2018 getätigt worden sind. Die Leistungsgruppe Finanz- und Rechnungswesen wird bis 2021 sein Handbuch für das Rechnungswesen komplett überarbeitet haben.

Die Leistungsgruppe Steueramt konnte im Jahr 2019 die Pendenzen aus der Grundstückgewinnsteuer noch nicht alle abarbeiten, da es eine unvorhergesehene Personalfuktuation gegeben hat. Das GF wurde von KÖS und RPK jeweils einstimmig gutgeheissen.

### **GF Liegenschaften**

Für die KÖS referiert **Monika Fitze** (SP): Das GF Liegenschaften gehört zu den Geschäftsfeldern mit einer Budgetüberschreitung.

Bei den Liegenschaften kommt die Überschreitung von rund CHF 700'000 vorwiegend dadurch zustande, dass Mieten nur noch den gebührenfinanzierten Einheiten in Rechnung gestellt werden. Das GF Liegenschaften hat einen Anteil von 10.5 % am Gesamtbudget.

Es wurden sehr viele Fragen an das Geschäftsfeld eingereicht. Alle wurden sorgfältig schriftlich beantwortet. Aus der Vielfalt der besprochenen Themen greife ich deren drei heraus.

Zu den Aufgaben des GF Liegenschaften gehört es, bei städtischen Projekten die Umsetzung des kommunalen Energieplans zu überprüfen. So geht es vor allem darum, Abwärme optimal zu nutzen oder neue Wärmeverbunde, wie etwa im Pflegeheim Dietenrain voranzutreiben, indem mit privaten Eigentümern eine Zusammenarbeit gesucht wird.

In der LG Grundstücksbewirtschaftung wurde erläutert, dass im Schulhaus Krämeracker einige einschneidende Mängel zu schaffen machen: Zu hohe Schallwerte im Korridorbereich und in der Turnhalle oder Türen, welche sich gegenseitig blockieren.

Die Bauabrechnung sollte dem Parlament Ende Jahr vorliegen. Es wird eine Abrechnung innerhalb des Kredits erwartet.

Ebenfalls in die LG Liegenschaftsbewirtschaftung gehört das Entwicklungsgebiet Looren.

Für die Verlegung der Hauptsammelstelle Dammstrasse in die Looren hat die Abteilung Gesundheit eine erste Machbarkeitsstudie erstellt. Der definitive Standort steht noch nicht fest: entweder auf der städtischen Parzelle in der Industriezone, oder aber auf der Parzelle des Kantons.

Die KÖS hat das Geschäftsfeld einstimmig angenommen.

### **GF Infrastrukturbau und Unterhalt**

Für die Kommission Planung und Bau (KPB) referiert **Jürg Krauer** (FDP): Mit Minderausgaben von 190k CHF wurde der Globalkredit von 4.844 Mio CHF ohne Abschreibungen im Geschäftsfeld Infrastrukturbau und Unterhalt leicht unterschritten. Für diese Kreditunterschreitung verantwortlich sind diverse kleinere Positionen. Nennenswerte Abweichungen ergaben sich hingegen bei den Investitionen. Damit Synergieeffekte mit dem Neubau des Restaurants Schiffände genutzt werden können, wurde der Neubau der Kanalisation Seeweg aufgeschoben. Dies ergibt Minderausgaben von 450k CHF. Gleichzeitig wurden 200k CHF mehr in den Strassenunterhalt investiert. In der Summe ergibt dies eine Budgetabweichung von minus 245k CHF.

Es zeigt sich, dass die Koordination der Sanierungen mit der Energie Uster AG zunehmend schwieriger wird. Oftmals besteht bei der Energie Uster AG bei Sanierungsarbeiten eine gewisse Dringlichkeit und die Arbeiten werden zeitnah umgesetzt. Die Stadt Uster strebt bei seinen Sanierungsprojekten zwar das gleiche Umsetzungstempo an, wird aber immer öfters durch Rekurse ausgebremst. Generell dauert das ganze Verfahren von Planungs- bis effektivem Baustart immer länger und daher ergeben sich auch Verschiebungen in der Investitionsrechnung. Diese Verschiebungen sind auch der Hauptgrund für die Budgetüberschreitungen beim Talweg und bei der Tumigerstrasse. Die Mehrkosten bei der Blindenholzstrasse gehen auf ein neues Trottoir und einen neuen Radstreifen zurück.

Auffallend war auch der tiefere Stromverbrauch bei der Strassenbeleuchtung. Einerseits ist dies eine Folge des Strassenabtauschs mit dem Kanton. Andererseits aber auch wegen der Sanierung der Blindenholzstrasse. Die Beleuchtung dort war aufgrund der Strassensanierung für einige Wochen ausser Betrieb.

Diskutiert wurde auch noch der Einsatz intelligenter Strassenbeleuchtungen. Es gibt grundsätzlich zwei Arten von intelligenten Strassenleuchten, statische oder dynamische. Dynamische Strassenleuchten machen – wenn überhaupt – auf Überlandstrassen Sinn. Im Beleuchtungskonzept der Stadt Uster sind statische Strassenleuchten vorgesehen und auch bereits im Einsatz, dies zum Beispiel an der Bachgasse und Hasenbühlstrasse. Bei diesen Systemen wird das Licht in der Nacht auf bis zu 30 % heruntergedimmt. Dies führt natürlich zu einem tieferen Stromverbrauch. Weitere solche Systeme werden in diesem Jahr realisiert.

Turnusgemäss war für die Wirkungsprüfung dieses Jahr die Leistungsgruppe Stadtentwässerung an der Reihe. Anzumerken ist, dass die Erhebungsmethode für den Indikator I01 im 2021 ändert und künftig einfacher und regelmässiger erfolgen kann.

Dem Geschäftsbericht wurde in der KPB einstimmig zugestimmt.

## **GF Stadtraum und Natur**

Für die KPB referiert **Ursula Räuftlin** (Grünliberale): Das GF Stadtraum und Natur beantragte für das Jahr 2019 einen Globalkredit über CHF 4.655 Mio. exkl. Abschreibungen bzw. CHF 5.164 Mio. inkl. Abschreibungen und erzielte ein Ergebnis von CHF 4.260 Mio. exkl. bzw. 4.782 inkl. Abschreibungen. Die Kosten wurden also um CHF 394'000 bzw. 382'000 oder rund 8.5 % gegenüber dem Budget unterschritten.

Zu der Kostenunterschreitung hat der Beitrag an den ZVV CHF 189'000 beigetragen. Dieser Betrag resultiert im Wesentlichen aus Rückerstattungen aus dem Jahr 2017. Zu weiteren Minderkosten hat der Mitte 2019 erteilte Sparauftrag des Stadtrates geführt. Für den baulichen Unterhalt und die Entwicklung der Grünanlagen und Spielplätze wurde ein Investitionsstopp verhängt und Grundlagensstudien für die Stadt- und Verkehrsplanung wurden nicht erstellt. Diese Aufwendungen werden damit aber lediglich auf die folgenden Jahre verschoben und sind damit nicht wirkliche Einsparungen. Für Investitionen im Geschäftsfeld Stadtraum und Natur waren CHF 1.45 Mio. vorgesehen. Im Budget enthalten waren neben den Hochwasserprojekten, dem Projekt Stadtraum 2035 auch Verkehrsprojekte. Aufgrund von Einsparungen wurde die bauliche Realisierung der Bushaltestellen der Linie 818 verhindert. Zudem kam es zu Verzögerungen bei Gewässerraumplanungen. Insgesamt beliefen sich die realisierten Investitionen im GF auf CHF 1.023 Mio.

Im vergangenen Jahr konnte das STEK als erste Phase des Projektes Stadtraum 2035 abgeschlossen und der Prozess zur Erarbeitung der kommunalen Richtplanung in Angriff genommen werden. Zudem wurden zwei Schlüsselprojekte aus dem STEK «Bahnhofzentrum» sowie «verkehrsberuhigtes und attraktives Zentrum» lanciert. Im Dezember 2019 konnte die neue Buslinie 818 in Betrieb genommen und damit die Buslinie 812 optimiert werden. Das Fussgängerleitsystem wurde ebenfalls im vergangenen Jahr erstellt. Die Einführung des Parkleitsystems ist im Einklang mit den weiteren Entwicklungen im Zentrum umzusetzen (Bahnhofzentrum, Arealentwicklungen Gerichtsplatz und Zeughausareal mit ihren neuen Parkhäusern).

Im Sommer 2019 startete die Aktualisierung und Überarbeitung des kommunalen Inventars der Natur- und Landschaftsschutzobjekte (INL). Dieses INL liegt nun seit dem 12. Juni 2020 während 60 Tagen öffentlich auf und gegen die Inventarentlassungen kann beim Baurekursgericht schriftlich Rekurs erhoben werden. Auffallend sind die vielen Entlassungen von Bäumen aus diesem Inventar. Die städtischen Bäume werden in einem Baumkataster erfasst und geniessen dadurch zukünftig faktisch eine Bestandsgarantie.

Weitergearbeitet wurde auch im Gebiet Eschenbühl. Der Gestaltungsplan befindet sich aktuell in der 4. Vorprüfung beim Kanton. Zudem wurde ein Bauprojekt für den Werrikerbach mit Ausscheidung des Gewässerraum erarbeitet. Die Kosten für diese Erarbeitung werden den Quartierplanbeteiligten auferlegt.

Die im Rahmen der Testplanung Zentrum Uster bestellten Gebietsentwicklungen konnten mit der Festsetzung der Gestaltungspläne abgeschlossen werden. Entsprechend wird nun auch per Ende 2019 die LG Projektentwicklung aufgehoben.

Durchgeführt von der Subkommission wurde die Wirkungsprüfung in dieser LG somit zum letzten Mal. Der einzige Indikator «Jährlicher Bericht zum Stand Umsetzung der Projekte» wurde mit der Abgabe des Abschlussberichtes zu dieser LG erfüllt.

Das GF gab in der Kommission zu keinen weiteren inhaltlichen Diskussionen Anlass. Die KPB empfiehlt einstimmig die Annahme dieses Geschäftsfeldes.

### **GF Hochbau und Vermessung**

Für die KPB referiert **Rolf Denzler** (SVP): *Ich spreche für den entschuldigt abwesenden Ulrich Schmid (CVP). Es liegt ein ausführlicher Tätigkeitsbericht in Form eines gebundenen, illustrativen und sehr übersichtlichen Dokuments vor (Tätigkeitsbericht Stadtbildkommission 2019). Die Detailfragen der Subkommission konnten zur vollen Zufriedenheit der Mitglieder beantwortet werden. Ebenso wurde die Frage nach einer schärferen, detaillierteren Kontrolle von Seiten Uster gegenüber dem Kanton explizit verneint. Die Indikatoren wurden allesamt erfüllt.*

*Mit der Bearbeitung der Baugesuche ist man stark in Verzug. Im Moment sind 120 Baugesuche pendent. Bereits vor der Corona-Krise war man im Rückstand mit der Bearbeitung. Durch die Krise, im Weiteren hervorgerufen durch viel Homeoffice-Tätigkeit möglicher Bauherren, stieg die Bearbeitung der Baugesuche auf einen Annahmeverzug von ca. 8 Wochen. Dies ist für alle Beteiligten eine sehr unerfreuliche Situation. Einige Massnahmen, wie zum Beispiel Optimierung des Verarbeitungsprozesses oder die Installation eines «neuen Sekretariats» wurden im Bereich des Möglichen mit den bestehenden, internen Ressourcen bereits vollzogen. Weitere Massnahmen mit externer Unterstützung sind in Planung respektive in Absprache.*

*Die Kommission dankt allen Beteiligten an dieser Stelle recht herzlich für ihren Effort. KPB und RPK haben das GF jeweils einstimmig gutgeheissen.*

### **GF Bildung**

Für die KBK referiert **Anita Borer** (SVP): *Das GF Bildung schliesst bei einem Budget von CHF 2.605 Mio. mit CHF 2.375 Mio. um rund CHF 230'000 besser ab als budgetiert. Die Abweichungen sind insbesondere darauf zurückzuführen, dass die Mietkosten nicht mehr dem GF Bildung verrechnet wurden.*

*Die in der Vergangenheit erhöhte Fluktuation in der Schulverwaltung wurde im Zusammenhang mit dem Jahresbericht erneut angesprochen. Durch den Austritt der Abteilungsleiterin Bildung betrug die Fluktuationsrate 13 %. Ohne diesen Abgang hätte dies nur 4.5% betragen.*

*Aufgrund des finanziellen Drucks habe man auf den Kauf eines Zusatzmoduls für Axioma verzichtet und die flächendeckende Einführung nach hinten verschoben. Für die effektive Bearbeitung von Schüler- und Personaldossiers wäre z.B. die Schulverwaltungssoftware notwendig. Ganz allgemein funktioniere Axioma nicht immer einwandfrei.*

*Korrigiert wurde die Darstellung der Globalkredite im GF Bildung. Die Zahlen für 2019 für die Musikschule, die Schulverwaltung und die Familienunterstützung wurden noch nachgeliefert, da die neue Darstellung erst fürs Jahr 2020 gilt.*

*Die MSUG schloss somit mit einem Aufwand von CHF 868'000, die Schulverwaltung mit einem Aufwand von CHF 1.647 Mio. und die Familienunterstützung mit einem Aufwand von CHF 9'000 ab. Der reduzierte Aufwand bei der MSUG und der Schulverwaltung erklärt sich damit, dass die Mietkosten nicht mehr dem GF Koordination Bildung verrechnet wurden. Sodann wurden auch nicht mehr 25 % der Mietkosten der Sekundarschule weiterverrechnet.*

### **GF Sicherheit**

Für die KÖS referiert **Ivo Koller** (BDP): *Mit einem Ergebnis von CHF 3'401'000.- inkl. Abschreibungen wurde in diesem Geschäftsfeld praktisch eine Punktlandung erreicht und dies obwohl bei den verschiedenen Gebühreneinnahmen grosse Schwankungen einzukalkulieren sind. Aber dazu sicherlich nächstes Jahr mehr...*

*Ich verzichte an dieser Stelle auf einen Schnellabriss der aktuellen Themenfelder im GF Sicherheit. Gleichwohl ist es mir ein Anliegen die geleistete Arbeit zu würdigen und den im Dienst stehenden Mitarbeitenden herzlich zu danken.*

*Es gilt das Zitat: «Ohne Sicherheit ist alles nichts – aber alles ist nichts ohne Sicherheit.»*

*Deshalb ist es ein Glück, dass wir in einer sicheren Stadt leben dürfen und das ist massgeblich das Verdienst der PolizistInnen und Polizisten, den Angehörigen der Feuerwehr und des Zivilschutzes und den Seerettenden des Seerettungsdienstes.*

*In diesem Sinne empfiehlt die KÖS einstimmig den Jahresbericht des GF Sicherheit zu genehmigen.*

### **GF Publikumsdienste**

Für die KÖS referiert **Silvan Dürst** (SVP): *Der budgetierte Globalkredit für das Geschäftsfeld Publikumsdienste beträgt für das Jahr 2019 CHF 1.526 Millionen nach Abschreibungen. Gegenüber der Jahresrechnung 2019 wird das Budget um CHF 90'000 unterschritten. Ein erfreulicher Ausgang und beispielhaft für andere Geschäftsfelder.*

*Das Geschäftsfeld konnte erfolgreich die Systeme «easyfind» und den «Pentascanner» einführen. «easyfind» ist ein auf andere Gemeinden und Organisationen ausgeweitetes digitales Fundbüro und der Pentascanner hilft bei der vereinfachten Identifizierung von Personen im Zusammenspiel mit dem Einwohnermodul NEST.*

*Die KÖS empfiehlt die Jahresrechnung im Geschäftsfeld Publikumsdienste einstimmig zur Annahme.*

### **GF Recht und Vollstreckung**

Für die KÖS referiert **Marius Weder** (SP): *Das vorliegend zu behandelnde Geschäftsfeld Recht und Vollstreckung gab weder in der Subkommission noch in der gesamten Kommission Anlass zu grossen Fragen oder Diskussionen. Betrachtet man die Zahlen, so fällt auf Seite M/1 auf den ersten Blick eine doch äusserst markante Abweichung von minus CHF 250'000 auf Minus CHF 189'000 statt den budgetierten Plus 61'000 auf. Hierzu ist allerdings zu erwähnen, dass dieses Minus im Aufwand effektiv ein Plus um diesen Betrag darstellt, die Stadt Uster hier also CHF 189'000 eingenommen statt der budgetierten CHF 61'000 ausgegeben hat. Vor einem Jahr betrug die Abweichung noch CHF 96'000, vorletztes Jahr CHF 181'000. Solche Abweichungen stellen hier mithin nicht die Ausnahme, sondern die Regel dar. In der Leistungsgruppe Stadtmann- und Betreibungsamt sind - wie bereits in den Vorjahren - höhere Gebühreneinnahmen angefallen. Anzumerken ist, dass sich die fraglichen Gebühren aus der Gebührenverordnung zum Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz (SchKG) ergeben und in einem gewissen Prozentsatz zu den seitens der Gläubiger in Betreuung gesetzten Forderungen stehen. Sodann sind bei der LG Stadtrichter die höhere Anzahl angezeigte Delikte bzw. ausgefallte Strafbefehle verantwortlich für den dortigen markanten Ertragsüberschuss. Die Stadt hat also auf diesen durchaus erfreulichen Budget- bzw. Rechnungspunkt bei genauer Betrachtung keine relevante Einflussmöglichkeit.*

*Wie in den Geschäftsfeldern Sicherheit und Publikumsdienste wurde auch in diesem Geschäftsfeld die Wirkungsprüfung im Jahr 2018 vorgenommen durch die Subkommission, so dass in diesem Jahr keine Wirkungsprüfung anfiel.*

### **GF Soziale Sicherheit**

Für die Kommission Soziales und Gesundheit (KSG) referiert **Hans Keel** (SVP): *Das Budget 2019 für das GF Soziale Sicherheit belief sich auf Fr. 15'554'000. Die Rechnung 2019 schloss mit Fr. 15'919'000 ab. Der Mehraufwand von Fr. 365'000 wird vor allem mit den Zusatzleistungen für die IV-Beziehenden in den Heimen ausgewiesen. Die AHV- und IV Renten und somit die Grenzbeiträge der Ergänzungsleistungen zur AHV/IV wurden per 1. Januar 2019 um 0.83 % erhöht.*

*Das GF Soziale Sicherheit weist einen Mehraufwand von Fr. 106'000 auf. Abhängig sind die Kosten von den Schulheimplatzierungen, an den sich die Abteilung Soziales bei Vorliegen von sozialen Faktoren mit 50 % beteiligen muss, die anderen 50 % zahlt die jeweilig zuständige Schule. Die Kosten können kaum genau budgetiert werden und variieren von Jahr zu Jahr. Diese sind abhängig von der Anzahl Schulheimplatzierungen.*

*In der LG Sozialversicherung wurden Ergänzungsleistungen von Fr. 20'965'000 ausbezahlt. Die Anzahl Bezüger von Zusatzleistungen war entgegen den Erwartungen praktisch gleich wie im Vorjahr. Bei den Beziehenden von IV-Zusatzleistungen war ein Rückgang bei denjenigen in Wohnungen lebenden Bezüger zu verzeichnen. Durch den unerwarteten Anstieg der IV-Bezüger in Heimen stiegen die Bruttoausgaben für die IV-Ergänzungsleistungen um rund Fr. 400'000.*

*Die Bruttoausgaben für die Gemeindegzuschüsse sind im Jahr 2019 leicht gesunken. Die Rückerstattung der Leistungen fiel tiefer aus als erwartet. Dies führte somit Fr. 442'000 zu einer um Fr. 54'000 höheren Nettobelastung.*

*Die Zahl der Berechtigten für eine individuelle Prämienverbilligung (IPV) ist trotz gleichbleibender Einkommensgrenze nicht gestiegen.*

Bei der LG Familienergänzende Betreuung beliefen die Kosten auf Fr. 1'644'000. Dies sind Fr. 202'000 weniger als budgetiert. Durch die tiefere Belegung der Betreuungsplätze verringerte sich der städtische Beitrag an die FEB-Institutionen. Die Anzahl zu betreuenden Kindern blieb auf demselben Niveau wie 2018. Die Kinderkrippe Schatzkiste reduzierte das Angebot um einen Drittel. Bei der LG Kindes- und Erwachsenenschutz belaufen sich die Kosten auf Fr. 1'034'000. Dies sind Fr. 34'000 mehr als budgetiert. Nach sieben Jahren wurde die interne Organisation überprüft und angepasst.

Die Anzahl Neuanmeldungen pro Woche ist weiter gestiegen und zwar markant. Die KESB ist aufgrund dieser Entwicklung überlastet. Seit der Erfassung der Neuanmeldungen im 2014 haben sich die Zahlen vervierfacht.

Die KSG beantragt den Jahresbericht 2019 für das GF Soziale Sicherheit gutzuheissen.

### **GF Heime Uster**

Für die KSG referiert **Beatrice Caviezel** (Grünliberale): *Globalkredit. Das Budget für das Geschäftsfeld Heime Uster belief sich auf -2'096'000 Franken. Die Rechnung schloss mit einem Minus von -930'000 Franken ab, was eine Abweichung von 1'166'000 Franken bedeutet. Im Herbst 2019 wurde durch den Gemeinderat einen Nachtragskredit von 700'000 Franken bewilligt, der nicht eingehalten werden konnte. Als Grund wird das Überangebot an stationären Pflegeplätzen angegeben, das sich seit dem Frühjahr 2019 auch auf die Heime Uster auswirkt. Das Geschäftsfeld ging mit einer Zunahme der Auslastung ab Herbst aus, die leider nicht eingetroffen ist. Die Auslastung war deswegen deutlich unter Budget und es resultierten daraus Mindereinnahme von 2 Mio. Franken. 1.3 Mio. Franken konnten durch ergriffene Sparmassnahmen aufgefangen werden. Als zweiter Grund für die Nichteinhaltung des Budgets wurde ein Mehraufwand bei der Krankentaggeldversicherung von 400'000 Franken angegeben, die beim Budgetierungszeitpunkt noch nicht bekannt waren.*

*Das GF Heime Uster setzte im Jahr 2019 die begonnene Überprüfung ihrer Angebote weiter fort. Das Altersheim im Grund konnte definitiv in eine Pflegeabteilung mit 28 Pflegeplätzen mit Einzelzimmer umgewandelt werden, nach denen eine grosse Nachfrage besteht.*

*In der weiteren Entwicklung von Pflegeplatzangeboten wird der Fokus auf «Betreutes Wohnen» gelegt. Dafür ging die Abteilung Gesundheit unter dem Titel «Gebietsentwicklung Wageren» eine Kooperation mit der Baugenossenschaft Frohheim ein mit dem Ziel ab ca. 2024 «Betreutes Wohnen» in direkter Nachbarschaft zum Pflegezentrum Im Grund zu realisieren.*

*Weitere Projekte wurden in die Folgejahre verschoben.*

*Die LG Gesundheitsdienste verzeichnete die grösste Abweichung zum Budget und zwar von mehr als 1.1 Mio Franken. Ein Grund dafür sind die wie oben erwähnte Bettenauslastung von gut 90% anstelle der budgetierten 95% und die höheren Krankentaggeldleistungen. Zudem spielt sicher die Umwandlung des Altersheims in eine Pflegeabteilung eine Rolle, was einen erhöhten Personalbedarf mit sich bringt.*

*In der LG Supportdienste wurde das bestehende Verpflegungskonzept in Zusammenarbeit mit der ZHAW sowie der Unterstützung von BIOSUISSE, WWF Schweiz und FAIRTRADE MAX HAVELAAR weiterentwickelt mit dem Ziel, die Nachhaltigkeit insbesondere die Regionalität und Saisonalität zu fördern.*

*Durch die schlechtere Auslastung wurden in diesem Bereich mehrere Stellen vorläufig nicht besetzt, was zu einer Stellenreduktion von knapp vier 100%-Stellen führte.*

*Wir beantragen den Jahresbericht 2019 für das Geschäftsfeld Heime Uster gutzuheissen.*

### **GF Spitex Uster**

Für die KSG referiert **Beatrice Caviezel** (Grünliberale): *Globalkredit. Das Budget für das Geschäftsfeld Spitex Uster belief sich auf minus 820'000 Franken. Die Rechnung schloss mit einem Minus von 167'000 Franken ab, was eine Abweichung von 653'000 Franken bedeutet. Die grosse Abweichung entstand in der LG Pflege mit einer Abweichung von 774'000 Franken. Als Gründe werden eine Dienstleistungssteigerung von 4.2 % angegeben, die mit mehr Personal einherging. Weitere Gründe sind die Verdoppelung der Kosten für die Krankentaggeldversicherungen, eine hohe Ausfallrate infolge von Langzeitkranken, Unfall und Mutterschaft, die Neubesetzung von Kadermitarbeitenden, eine Zusatzstelle als Pflege-Expertin sowie temporäre Mitarbeitende. Die Stellen wurden aus diesen Gründen um 3,6 100%-Stellen angehoben.*

*Das GF Spitex Uster konnte im Jahr 2019 das Fehler- und Beschwerdemanagement CIRS (Critical Incident Reporting System) einführen. Weiter wurde der im 2021 geplante Umzug an die Wagerenstrasse 45 (ehemals VZK-Gebäude) in Zusammenarbeit mit dem GF Liegenschaften vorangetrieben.*

*In der LG Pflege konnten verschiedene Konzepte wie Medikamentenmanagement oder die «zentrale Einsatzplanung» eingeführt werden. Ebenfalls wurde die Spitex fachlich im Bereich der Pflegediagnostik umfassend geschult.*

*Die verrechneten Stunden gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich von 45'345 auf ca. 47'867 Stunden, was einer Steigerung von ca. 5 % entspricht. Gegenüber dem Budget betrug die Steigerung plus 867 Stunden.*

*In der LG Hauswirtschaft und Dienste konnte im Projekt «Spitex plus» die zweijährige Testphase gestartet werden. Das Angebot beinhaltet bedürfnisorientierte, aber nicht subventionierte Spitexleistungen als Ergänzung zu den pflegerischen und hauswirtschaftlichen Pflichtleistungen.*

*Die verrechneten Stunden entsprachen knapp dem budgetierten Wert.*

*Wir beantragen den Jahresbericht 2019 für das Geschäftsfeld Spitex Uster gutzuheissen.*

Pause von 19:40 Uhr bis 20:05 Uhr.

### **GF Gesundheit und Alter**

Für die KSG referiert **Silvio Foiera** (EDU): *Die Besprechung der Subkommission Gesundheit & Alter fand am Abend des 15. Juni im Stadthaus statt.*

*Von Seiten Verwaltung und Stadtrat waren Stadträtin Karin Fehr Thoma sowie Abteilungsleiterin Gesundheit, Anita Bernhard anwesend.*

*Die Subkommission wurde durch die KSG Präsidentin Eveline Fuchs sowie Silvio Foiera vertreten.*

*Synopsis: Das GF Gesundheit und Alter befindet sich in gutem Zustand, es gab ausser einigen Kleinigkeiten keine fragwürdigen oder erklärungsbedürftige Posten, welche vertiefter Abklärung bedürft hätten. Die vorab eingereichte Frage, wie auch die spontan gestellten Fragen konnten zur Zufriedenheit der anwesenden Kommissionsmitglieder beantwortet werden.*

*LG Abfall und Umwelt: Die Recyclingquote sowie die Kosten für die Abfallbewirtschaftung bewegen sich im Bereich der Zielvorgaben. Neu hinzugekommen sind Indikatoren zu Energieverbrauch sowie CO<sub>2</sub> Emissionen pro Einwohner und Jahr.*

*LG Lebensmittelkontrolle: Die Lebensmittelkontrolle erbringt mit Ausnahme der Pilzkontrolle Pflichtleistungen die von Gesetz wegen erbracht werden müssen und lässt kaum Spielraum für Varianten.*

*LG Fachstelle Alter: Keine Anmerkungen.*

*Globalkredit: Vom genehmigten Globalkredit in Höhe von 813kCHF wurden 753kCHF ausgeschöpft. Somit verbleibt ein Restbetrag von 59kCHF innerhalb Budget was einem Ratio von 92.6% entspricht.*

*Inklusive Beiträge an Heime und Spitex wurden vom genehmigten Globalkredit in Höhe von 14'159kCHF deren 13'951kCHF ausgeschöpft, wobei hiervon 10kCHF Abschreibungen des GF sind.*

*Fazit: Die Kommission Soziales und Gesundheit beantragt dem Gemeinderat den Bericht sowie die Rechnung des Geschäftsfeldes Gesundheit und Alter zur Abnahme.*

## **GF Sport**

Für die KBK referiert **Barbara Keel** (SVP): *Das Geschäftsfeld Sport schliesst das Jahr 2019 mit einem Aufwand von Fr. 3.896 Mio. und somit Fr. 92'000 unter dem Globalbudget 2019 ab. Die Abweichung von Fr 92'000 setzt sich wie folgt zusammen:*

*Die Überschreitung von Fr. 13'000 im GF Sport ist auf interne Verrechnungen (z. B. Kopierkosten etc.), welche das gesamte Geschäftsfeld betreffen zurückzuführen. Diese Kosten fielen deutlich höher als budgetiert aus. In der LG Sportanlagen gab es eine Minderung von Fr. 45'000. Aufgrund des Ausgabenstopps im Sommer 2019 wurden diverse Aufträge auf das Jahr 2020 verschoben (z.B. Sicherungssystem des Aufstiegs zu den Beleuchtungsmasten des Stadions). In der LG Bäder ist eine Überschreitung von Fr. 35'000 zu finden. Die Differenz bei dieser LG erklärt sich durch den Überzug der Kostenstelle Strandbad, da eine grössere Reparatur an den Sonnenkollektoren den Sachaufwand erhöhte und es zu Wasserverlusten im Beckensystem kam.*

*In der Jahresrechnung fallen zwei Positionen positiv auf: die „Hinterwiesen“ beim Dorfbad wurde durch den Abbruch des Zauns geöffnet. Dementsprechend wird die Wiese nun häufiger genutzt. Die Pflege erfolgt durch das Dorfbad-Team und generierte trotz reger Nutzung keine Mehrkosten im Unterhalt. Die „Sauna am See“ wurde mit einem Nutzungsvertrag zwischen dem GF Sport und der Trägerschaft als zusätzliche Attraktion ins Leben gerufen und genierte einen Ertrag von rund Fr. 10'000. Dies wiederum erhöht den Kostendeckungsgrad des Strandbades.*

*Die Zukunft der temporären Dreifachturnhalle wird immer klarer. Leider konnte die rumänische Stiftung «Bolyai Collegium Foundation» die Abholung der Halle im Februar noch nicht zusichern. Deshalb hat die Abteilung Gesundheit die Leistungen «Abbau», «Abtransport» und «Entsorgung / Wiederverwendung» ausgeschrieben. Dieses Verfahren läuft noch. Es wird aktuell mit Kosten für den gesamten Abbau der Halle sowie der Wiederstellung des Terrains in der Höhe von Fr. 250 000 bis Fr. 280 000 Franken gerechnet (Kostenschätzung). Das Projekt „Abbau Tempohalle“ wird voraussichtlich im September dem Gemeinderat vorgelegt. Der geplante Abbau soll im März 2021 erfolgen.*

*Bei den Stellen des GF Sport wurde die 30%-Stelle für den Betrieb der temporären Dreifachturnhalle nicht benötigt, dafür wurde mehr Personal in der LG Bäder für die Reinigung des Hallenbads benötigt. Die Total 27.5% haben sich nun aber gut eingespielt und es ist keine Erhöhung der Stellenprozentage in Sicht.*

*Die Investitionsplanung zeigt Fr -1'227'000 und setzt sich wie folgt zusammen: Der ursprüngliche Kunstrasen wird erst im 2020 gebaut. Der Bau der neuen Fussballfelder erfordert aus baurechtlicher Sicht keinen Ausbau des Parkplatzes, aus diesem Grund wurde auch die PP Erweiterung Fr. 130'000 nicht realisiert. Im Dorfbad Fr. 250'000 sind für die Projektierung eingestellt. Aufgrund der Einsprache zum Gestaltungsplan „Park am Aabach“ verzögert sich dieses Projekt.*

*Das Geschäftsfeld Sport gab in der Sachkommission kein Anlass für grössere Diskussionen und wurde mit 7:0 Stimmen (abwesend 2) gutgeheissen.*

## **6.4 Sozialbehörde**

### **GF Sozialhilfe**

Für die KSG referiert **Christoph Daeniker** (SP): *Die Subkommission traf sich am 15. Juni 2020 zusammen mit Petra Bättig und Armin Manser. Der Globalkredit für das Geschäftsfeld wurde im Jahr 2019 um CHF 223'000 übertroffen. Die Mehrkosten in der Leistungsgruppe Sozialberatung gehen erneut auf höhere Aufwendungen für Heimplatzierung von Kindern und Jugendlichen, sowie höhere Ausgaben pro Sozialhilfefall zurück. In Der Leistungsgruppe Asyl und Flüchtlingskoordination sind aufgrund eines Volksentscheids aus dem Jahr 2017 die Kosten für die Gemeinden gestiegen. Die Stadt Uster trägt neu mehrheitlich die Kosten für soziale, berufliche und sprachliche Integrationsmassnahmen.*

*LG Sozialberatung: 2019 seien unter anderem aufgrund der guten Wirtschaftslage weniger Anträge auf wirtschaftliche Unterstützung gestellt worden. Die Arbeitslosenquote, wie auch die Sozialhilfequote bleibe in Uster somit weiterhin tief.*

Die Sozialberatung konnte wie letztes Jahr durch das neue Angebot «persönliche Hilfe ohne finanzielle Sozialhilfeleistungen» diverse Menschen beratend unterstützen und so den Bezug von Sozialhilfe verhindern. Konkret wurde in 61 Fällen mit präventiven Beratungen mögliche Notsituationen verhindert.

LG Asyl und Flüchtlingskoordination: Letztes Jahr betrug die Aufnahmequote für die Gemeinden 0.6%. Das Aufnahmesoll konnte Uster aufgrund wenig Zuweisungen nicht erreichen, weswegen mit weiteren Zuweisungen zu rechnen ist. Ab Januar 2020 beträgt die Quote nur noch 0.5%.

Weiter abgenommen hat die Anzahl Asylsuchende mit Aufenthaltsstatus N, weil die Asylverfahren abgeschlossen wurden.

Die vom Kanton ausgerichtete Tagespauschale für vorläufig aufgenommene Migranten reichen nicht aus, um die Lebenskosten jener zu decken. Dies führt zu Mehrkosten in Höhe von CHF 124'063 für die Stadt Uster. Die durchschnittlichen Ausgaben pro Person und Tag blieben ungefähr gleich hoch wie letztes Jahr.

Die Kommission empfiehlt den Bericht sowie die Rechnung zur Annahme.

## 6.5 Primarschulpflege

### GF Primarschule

Für die KBK referiert **Anita Borer** (SVP): Das GF Primarschule schliesst bei einem Budget von CHF 43.466 Mio. mit CHF 42.185 Mio. um rund CHF 1.28 Mio. besser ab als budgetiert. Ausschlaggebend war, dass 2019 die Miete von rund CHF 594'000 nicht mehr dem GF Primarschule (mit Ausnahme bei der HPSU) verrechnet wurde. Entsprechend standen dem GF Primarschule 2019 CHF 42.872 Mio. inkl. Abschreibungen zur Verfügung.

Wichtige Änderungen wurden in der Organisation vorgenommen. Die Funktion der Gesamtschulleitung wurde mit der Funktion der Abteilungsleitung Bildung zusammengeführt. Neu führt die Gesamtschulleitung/Abteilungsleitung auch die Primarschule und die Leitung der Schulverwaltung. Die Budgetabweichung bei der LG Regelunterricht resultierte aufgrund tieferer Kosten für Besoldungen (inkl. Vikariate) und aufgrund von weniger Ausgaben bei den Hausämtern und für Weiterbildungen. Hinzu kommt ein zu hoch eingeschätzter Gemeindeanteil bei den kantonal besoldeten Lehrpersonen und weil aufgrund günstiger Verteilung der Schülerinnen und Schüler die Steigerung der Anzahl Klassen etwas geringer ausfiel als geplant.

Der LG Tagesstrukturen/Zusatzangebote wurde die Miete nicht mehr angerechnet. Jedoch entstand ein erhöhter Personalaufwand aufgrund des höheren Beschäftigungsumfangs.

Bei der LG Sonderpädagogik fielen gegenüber dem Budget höhere Kosten für externe Sonderschulung (ESS) an, da es mehr Fälle hatte und die durchschnittlichen Settingkosten höher waren als budgetiert. Demgegenüber fielen für die integrierte Sonderschulung geringere Kosten an. Dies, weil es weniger Anzahl Schülerinnen und Schüler in einem ISR-Setting hatte und die durchschnittlichen Sonderschulkosten pro ISR-Setting aufgrund von höheren Rückzahlungen des Kantons geringer waren.

Auf Grund der besseren Jahresabschlüsse 2018 und 2019 erfolgte eine Rückzahlung Zweckverband Schulgesundheit, weshalb in der Schulgesundheit besser abgeschlossen wurde als budgetiert.

Die Anzahl Kinder in der Tagesschule ist zunehmend. Dies wirkt sich auch auf die Anzahl Kinder in der Betreuung aus. Es braucht dafür mehr Personal, was zu höheren Lohnkosten führt. Entsprechend sind die Betreuungskosten und somit die Kosten pro Kind in der Tagesschule erneut angestiegen.

Bei der LG Sonderpädagogik stiegen die Betreuungskosten gesamthaft. Es handelt sich dabei um Kosten, die aufgrund von Sonderschul-Kindern entstehen, die während des Hort-besuchs auf eine engere Betreuung angewiesen sind. Für diese Kinder werden Betreuungs-personen im Verhältnis von 1:4 oder 1:1 beschäftigt. Durch die Integration von Kindern mit speziellen Bedürfnissen in den Regelklassen steigt der Bedarf an erhöhter Betreuung in den Tagesstrukturen vor Ort deutlicher als angenommen, weshalb auch die Kosten höher waren als budgetiert.

**Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst mit 33:0 Stimmen:**

- 1. Der NPM-Jahresbericht 2019 wird genehmigt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

## **7 Weisung 43/2020 des Stadtrates: Jahresrechnung 2019**

Gemeinsame Behandlung mit TOP 6 (Weisung 42/2020).

### **Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst mit 33:0 Stimmen die Jahresrechnung 2019 der Stadt Uster wie folgt zu genehmigen:**

- 1. Die Erfolgsrechnung mit einem Gesamtaufwand von CHF 258'579'811.19 und einem Gesamtertrag von CHF 250'964'222.71 schliesst mit einem Aufwandsüberschuss von CHF 7'615'588.48 ab.**
- 2. Die Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen mit Ausgaben von CHF 25'984'017.94 und Einnahmen von CHF 1'241'361.41 schliesst mit Nettoinvestitionen Verwaltungsvermögen von CHF 24'742'656.53 ab.**
- 3. Die Investitionsrechnung Finanzvermögen mit Ausgaben von CHF 753'123.66 und Einnahmen von CHF 2'144.300.00 schliesst mit Nettoinvestitionen Finanzvermögen von CHF -1'391'176.34 ab.**
- 4. Die Bilanzsumme beträgt CHF 573'387'527.25.**
- 5. Der Aufwandsüberschuss der Erfolgsrechnung wird dem Bilanzüberschuss belastet. Dadurch vermindert sich der Bilanzüberschuss auf CHF 291'589'389.75.**
- 6. Mitteilung an den Stadtrat und den Bezirksrat Uster.**

## 5 Weisung 47/2020 der Sekundarschulpflege: Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2019

Rolf Denzler (SVP, Nänikon) im Ausstand (Art. 4 GO der Sekundarschulgemeinde Uster).

Für die Kommission Bildung und Kultur (KBK) und für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert **Walter Meier** (EVP): *Die KBK hat die Jahresrechnung 2019 der Sekundarstufe Uster am 15. Juni 2020 diskutiert, die RPK am 29. Juni 2020. Die Sek Uster hat im Jahr 2019 Fr. 28'011'435.00 ausgegeben und Fr. 27'590'717.87 eingenommen, was einen Verlust von Fr. 420'717.13 ergibt. Budgetiert war ein Verlust von Fr. 97'400. Investiert wurden „nur“ Fr. 166'000, die Selbstfinanzierung (Abschreibungen von 2,039 Mio. ./. Verlust von 0.421 Mio.) beträgt 1,619 Mio. Damit können die Investitionen mehr als finanziert werden. Die grössten Abweichungen zum Budget sind:*

- *Die ICT-Anschaffungen konnten aus dem Globalkredit (laufende Rechnung) finanziert werden. Es wurde kein Investitionskredit gebraucht. Die Geräte konnten günstiger als budgetiert angeschafft werden.*
- *Es gingen weniger Schülerinnen und Schüler ins Gymnasium, deshalb war der an den Kanton abzuliefernde Beitrag um 148'000 kleiner als budgetiert.*
- *Der Standortbeitrag von 100'000 wurde erstmals nicht der KuSs gutgeschrieben. Die Schule schloss trotzdem nicht mit einem Defizit ab.*
- *Der Aufwand für die Liegenschaften liegt rund 150'000 höher als budgetiert; hier ist der Unterhalt etwas höher als geplant (allerdings die Investitionen wesentlich tiefer als budgetiert) und die Reinigung des neuen Trakts im Schulhaus Weidli ist höher als angenommen.*
- *Die Kosten für die sonderpädagogischen Angebote liegen 434'000 höher als angenommen. Zwar nahmen die Schülerinnen und Schüler, die integrativ geschult werden können leicht ab, dafür war die Schülerzahl, die separativ geschult werden müssen, höher.*
- *Die Spur+ war sehr gut ausgelastet; es gab erstmals einen Ertragsüberschuss von Fr. 59'439.*
- *Die BWS kam mit 191 Schülerinnen und Schülern nicht auf ein ausgeglichenes Ergebnis. Die Schulgelderhöhung ab Schuljahr 2019/2020 – ab August 2019 also – sollte in Zukunft ein solches ermöglichen. Im 2019 stand eine kleine Umstrukturierung an, weshalb ein Aufwandüberschuss budgetiert wurde.*
- *Die Steuererträge lagen zwar rund 350'000 über dem Ergebnis von 2018, waren jedoch etwas optimistisch budgetiert worden. Beim Finanzausgleich resultierte eine Punktlandung.*

*Fazit: Auch mit diesem Verlust von 0.4 Mio. ist die Sek Uster gut aufgestellt. Das Eigenkapital liegt mit 47 Mio. auf rekordhohem Niveau. Dazu beigetragen hat, dass das Eigenkapital aufgrund der Umstellung auf HRM2 um 18.5 Mio. höher bewertet wurde. Zudem wurde der Ressourcenausgleich abgegrenzt; das hat zu einem höheren Eigenkapital von 9 Mio. geführt. Mit dieser Abgrenzung ist die Nettoschuld per Ende 2018 einem Nettovermögen gewichen. Die Finanzsituation der Sek Uster kann als gesund bezeichnet werden.*

*Die RPK hat den Bericht der BDO AG zur technischen Prüfung zur Kenntnis genommen. KBK und RPK stimmen Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2019 je einstimmig zu und beantragen dem Gemeinderat das gleiche zu tun.*

Der Präsident der Sekundarschulpflege, **Benno Scherrer**, verzichtet auf eine Stellungnahme.

Für die SP-Fraktion referiert **Angelika Zarotti** (SP): *Wie auch letztes Jahr zeigen die drei Leistungsgruppen eine hohe Budgetdisziplin, was sehr erfreulich ist und wir bedanken uns dafür. Die Jahresrechnung schliesst mit einem Aufwandüberschuss von 420'000 Fr., das heisst 323'000 Fr. schlechter als erwartet ab. Was wir aber beachten müssen: Es wurde nur ein Zehntel der Investitionen ausgeführt. Wären alle Investitionen nach Plan ausgeführt worden, wäre das Ergebnis schlechter, und der Cashflow hätte kaum gereicht, die Investitionen zu finanzieren. Dies zeigt auch die Kennzahl Investitionsanteil, welche mit 1 % absolut ungenügend ist. Der Investitionsanteil ist nicht nur 2019 zu tief, das war auch in den letzten Jahren bereits der Fall. Der Finanzhaushalt muss sorgfältig im Auge behalten werden, in den letzten Jahren wurden ausschliesslich Defizite geschrieben.*

*Auch wenn das Jahr 2021 auf Grund der Corona-Pandemie finanziell kein einfaches Jahr werden wird, wünschen wir uns, dass wieder vermehrt investiert wird. Wir von der SP-Fraktion stimmen der Jahresrechnung 2019 zu.*

### **Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst mit 32:0 Stimmen (im Ausstand 1), die Jahresrechnung und die Sonderrechnungen 2019 der Sekundarstufe Uster wie folgt zu genehmigen:**

- 1. Die Erfolgsrechnung mit einem Gesamtaufwand von CHF 28'011'435.00 und einem Gesamtertrag von CHF 27'590'717.85 schliesst mit einem Aufwandsüberschuss von CHF 420'717.15 ab.**
- 2. Die Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen mit Ausgaben von CHF 166'117.95 schliesst mit Nettoinvestitionen von CHF 166'177.95 ab.**
- 3. Die Bilanzsumme beträgt CHF 50'867'815.76.**
- 4. Der Aufwandsüberschuss der Erfolgsrechnung wird dem Bilanzüberschuss belastet. Dadurch vermindert sich der Bilanzüberschuss auf CHF 47'573'996.15.**
- 5. Mitteilung an die Sekundarschulpflege und den Bezirksrat Uster.**

## 8 Kennntnisnahmen

Weisung 46/2019 des Stadtrates: Fusion der Trägerschaften der Spitäler Uster und Wetzikon zur gemeinnützigen „Gesundheitsversorgung Glattal und Zürcher Oberland AG“ sowie Umwandlung der Trägerschaft des Spitals Uster in eine gemeinnützige Aktiengesellschaft, Abstimmungsempfehlungen für die Volksabstimmung vom 17. Mai 2020 (GRB 20.1.2020):

Der Stadtrat hat am 29. März 2020 auf Grund der ausserordentlichen Lage die für 17. Mai 2020 vorgesehene Volksabstimmung abgesagt und am 9. Juni 2020 die Volksabstimmung für 27. September 2020 angeordnet (vergleiche Seiten 652-658).

Rechtskraftbescheinigung: Gegen die Gemeinderatsbeschlüsse vom 11. Mai 2020 sind beim Bezirksrat Uster bis 26. Juni 2020 keine Rechtsmittel eingelegt worden.

Folgende Anfragen sind eingereicht worden:

- 593/2020 von Paul Stopper (BPU) vom 9. Juni 2020: „Holzerei“ im Zellwegerwald vom Februar 2020
- 594/2020 von Paul Stopper (BPU) vom 18. Juni 2020: Geplante, kantonale Strasse „Uster West“ und Umgebungsschutzzonen II im Glatten-/Werriker-/Brandschänkiriet
- 595/2020 von Paul Stopper (BPU) vom 6. Juli 2020: Ende der geplant gewesenen Strasse „Uster West“ und weiteres Vorgehen in Sachen Unterführung Winterthurerstrasse

Folgende Anfragen sind beantwortet worden:

- 580/2020 von Peter Müller (FDP) vom 14. April 2020: „Chancen der Digitalisierung für die Primarschule nutzen“ (Kollaborationsplattform) (Stadtratsbeschluss vom 30. Juni 2020)
- 581/2020 von Jürg Krauer (FDP) vom 14. April 2020: Hintergründe zur Entlassung der Abteilungsleiterin Bildung der Primarschule Uster, Auswirkungen auf die künftige Strategie der Abteilung Bildung (Stadtratsbeschluss vom 30. Juni 2020)
- 583/2020 von Florin Schütz (SP) vom 15. April 2020: „Sans-Papiers schützen – während und nach der Krise“ (Stadtratsbeschluss vom 30. Juni 2020)

Die Geschäftsleitung hat mit Zirkularbeschluss vom 22. Juni 2020 auf erneuten Antrag des Stadtrats die Frist für die Antworten auf die Anfragen 576/2020 und 577/2020 bis 18. September 2020 (vergleiche Seite 753 und siehe Interpellation 578/2020 und Anfrage 593/2020).

Die Geschäftsleitung hat mit Zirkularbeschluss vom 25. Juni 2020 auf Antrag des Stadtrats die Frist für die Antwort auf die Anfrage 586/2020 bis 20. August 2020 verlängert (vergleiche Seite 753).

Die Ratsmitglieder haben erhalten am

- 6. Juli 2020: Familienzentrums Uster, Zusammen in die Zukunft, Einladung zum „Hochzeitsapéro des Vereins Mütterzentrum und des Vereins Familienzentrums“ auf Freitag, 11. September 2020, 16 Uhr bis 20 Uhr im Familienzentrum
- 6. Juli 2020: Energie Uster AG, Geschäftsbericht 2019 mit Flugblatt 2019 „Alles Wichtige auf einen Blick“ (vergleiche Weisung 67/2020)
- 6. Juli 2020: Einladung zum Gedankenaustausch mit einer Delegation der Stadtverordnetenversammlung von Prenzlau (Brandenburg, Deutschland) auf Montag, 31. August 2020, 18 Uhr: „Im Rahmen der Vertragsverlängerung mit unserer Partnerstadt Prenzlau werden Vertreterinnen und Vertreter von Prenzlau am Montag, 31. August 2020 an der regulären Gemeinderatsitzung teilnehmen. Vor dieser Sitzung um 18 Uhr gibt es eine Tavolata im Foyer des Stadthauses, bei der der Austausch zwischen dem Gemeinderat und den Prenzlauer Stadtverordneten im Vordergrund steht. Hiermit laden wir Sie alle herzlich zu diesem erfreulichen Ereignis ein. Bitte melden Sie sich bis zum 17. August 2020 bei Herrn Daniel Reuter (daniel.reuter@uster.ch) für die Tavolata an oder ab.“

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 31. August 2020 statt. Vorab erfolgt ein „Apéro riche“ mit einer Delegation der Stadtverordnetenversammlung unserer Partnerstadt Prenzlau (Brandenburg, Deutschland).

Für das Protokoll

Der Ratssekretär  
Daniel Reuter

Die Richtigkeit und Vollständigkeit  
des Protokolls bezeugen

9.7.2020

Die Präsidentin  
Karin Niedermann

20.7.2020

Die Stimmzählerinnen und Stimmzähler  
Eveline Fuchs

Ursula Räuftlin

Balthasar Thalmann